

Friedemann Stengel

Zur Rolle der Theologischen Fakultäten in der DDR 1980-1990¹

Vorbemerkungen

Die Problematik der Zeitgeschichte als Disziplin innerhalb der Kirchengeschichte und der Geschichtswissenschaft im allgemeinen wird bei diesen Ausführungen in besonderer Weise deutlich werden und kann deshalb vorweg auch nicht unausgesprochen bleiben. Eine in der traditionellen Geschichtswissenschaft geforderte Distanz zu den Vorgängen, die Gegenstand historischer Untersuchung sind, und die ein emotionsfreies, auf Objektivität zielendes Ergebnis erbringen soll, scheint durch die Beauftragung des Vortragenden, sich mit der Rolle der Sektionen Theologie auseinanderzusetzen, gefährdet zu sein. Ich bin nicht nur Zeitzeuge und als solcher in der Subjektivität meiner persönlichen Wahrnehmung der achtziger Jahre befangen, mein Studium an der Sektion Theologie Halle seit 1986 erweitert meinen Zeitzeugencharakter zusätzlich auf den eines Augenzeugen. Doch nicht nur dies: Ich bin nicht nur passiv Beteiligter des Geschehens gewesen, ich war in Vorgänge, die ich im Anschluß schildern werde, auch aktiv involviert, und ich habe innerhalb der verschiedenen politisch-kulturellen Lager der theologischen Studentenschaft meinen Platz gehabt. Ich habe Konflikte miterlebt, mitgestaltet und die verschiedenen Positionen ebenso erfahren wie denkbare Konsequenzen politisch relevanten Handelns. Ergibt sich aus diesen Voraussetzungen nicht die Gefahr, daß lebensgeschichtlich entstandene Haltungen, Beziehungsgeflechte und Ambitionen den zeitgeschichtlichen Diskurs oder politisch-theologisch-moralische Urteile die Methodik bestimmen? Bringt der Blick in die hinterlassenen Quellen aus den Staats- und Parteiarchiven wirklich neue Erkenntnisse und korrigiert er durch Einsicht in Internes und Hintergrundinformationen die Perspektiven desjenigen, der seine Prägung durch Augenzeugenschaft erfahren hat? Und ist nicht die Möglichkeit gegeben, daß die Subjektivität des eigenen Horizontes den Blick auf die Quellen auch dann trübt, wenn Emotionslosigkeit und ein gleichsam asketischer Umgang mit ihnen als methodische Forderung historischer Arbeit verinnerlicht werden? Diese Anfragen sind kritisch zu bedenken, und es bleibt daher

¹ Ausführliche Fassung des am 28.10.1999 an der Theologischen Fakultät Leipzig gehaltenen Vortrags.

ein Wagnis, aber auch eine Herausforderung, mich auf die Fragestellung einzulassen.

Das Thema dieses Vortrags ist ein politisches. Ich werde mich deshalb auch auf politische Bereiche konzentrieren, vor allem auf das äußere Erscheinungsbild der Fakultäten – ab 1970/71 in „Sektionen Theologie“ umbenannt und umstrukturiert –,² auf die staatliche Sektionspolitik und die internen politischen Konflikte, die durch die Studenten in sie hineingetragen wurden. Auf weitere Themen kann nur als Forschungsanregung hingewiesen werden: die Beziehung zu den Kirchen, theologische Forschung und Lehre, das in den achtziger Jahren verfolgte Projekt der Lehrbuchautonomie oder die Auseinandersetzung mit der marxistischen Historik in Vorbereitung der Jubiläen zum Luther- und Müntzer-Gedenken.

1. Grundlinien der Staatspolitik gegenüber den Sektionen Theologie

1.1 Es ist kaum möglich, die Rolle der Sektionen Theologie in den achtziger Jahren zu erkunden, ohne dabei einen Blick auf ihre Geschichte in der Zeit des Bestehens der DDR zu werfen. Der Personalbestand des Lehrkörpers war seit den fünfziger Jahren gewachsen, die meisten der Theologen der jüngeren Generation, die im Untersuchungszeitraum in akademische Ämter gelangten, gehörte zu den Schülern und Assistenten der Fakultäten in den sechziger und siebziger Jahren, war geprägt vom Niveau der Theologie ihrer Lehrer, die in der Frühzeit der DDR Auseinandersetzungen mit den politischen und ideologischen Eingriffen des Staates zu führen und theologische Existenz in einer sozialistischen Diktatur – wie auch immer – zu bewältigen hatten. Dies betrifft freilich auch einen nicht unbeträchtlichen Teil der Studentenschaft der achtziger Jahre, deren Väter und Mütter einst in entsprechenden Konfrontationen standen. Obgleich es auf diesem Hintergrund verwundert, daß die jüngste Studentengeneration der DDR wie auch das jüngere akademische Personal nur Oberflächenkenntnis der stalinistischen fünfziger und sechziger Jahre besaß – weil offensichtlich Angst und Anpassungsdruck als Hauptmotive der älteren Generation die Tradierung ihrer Prägung in der Urzeit der DDR verdrängen ließ und entsprechende Informationen erst in der Nachwende die Jüngeren immer wieder erschütterten –, kann nicht ignoriert werden, daß die Erfahrungen, die die einen selbst gemacht hatten, dieselben

² Vgl. *F. Stengel*, Die Theologischen Fakultäten in der DDR als Problem der Kirchen- und Hochschulpolitik des SED-Staates bis zu ihrer Umwandlung in Sektionen 1970/71. Leipzig 1998, 636-669.

waren, die die anderen mittelbar prägten, wenn auch nicht in direkter Kenntnis, so doch in ihrer Sozialisation.

Daneben ist auf Zusammenhänge hinzuweisen, die zur Erhellung der eigentümlichen, paradoxen Existenz der staatlichen Theologenausbildung in der DDR beitragen. Die zwischen 1952 und 1955 von der SED getroffene Entscheidung, an den Theologischen Fakultäten festzuhalten, war vor allem in der Hoffnung begründet gewesen, politisch und ideologisch die künftigen Pfarrer zu indoktrinieren, um so die Kirchen als innenpolitisches Problem zu neutralisieren.³ Langfristige Strategien sollten die Zusammensetzung des Lehrkörpers beeinflussen – dies war in Berlin mit großem⁴, in Leipzig mit einigem Erfolg⁵ und an den anderen Fakultäten punktuell⁶ gelungen. Auf den verschiedensten Ebenen sollte die politische Einstellung der Studentenschaft beeinflusst werden: durch Studienorganisation, Unterricht in Marxismus-Leninismus, FDJ-Gruppen, vormilitärische und Zivilverteidigungsausbildung, Einschüchterung durch offizielle und inoffizielle Aktivitäten des MfS, exemplarische Straf- und Disziplinarverfahren, um nur einige Punkte zu nennen. Gleichzeitig waren dem SED-Staat positiv und akklamativ gegenüberstehende Strömungen und Personen in Lehrkörper und Studentenschaft karrieremäßig und publizistisch herausragend gefördert worden, um die Kirchen zu spalten und die Fakultäten, so das Ziel der SED, zu einem in ihrem Sinne „fortschrittlichen“ Korrektiv für die Kirchen auszubauen. Die Höhepunkte dieser Eingriffe in die Fakultätsautonomie hatten in den fünfziger und sechziger Jahren stattgefunden. Sämtliche verfügbaren politischen und staatlichen Institutionen waren in die Fakultätspolitik einbezogen worden, auf Universitäts- und Bezirksebene, vom ZK der SED über das Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen und das Staatssekretariat für Kirchenfragen bis hin zum MfS mit seinen Abteilungen XX/4 auf Zentral- und Bezirksebene. Als wichtiges, die Politik der SED immer wieder beeinträchtigendes Moment hatte sich die gleichzeitige Existenz dreier kirchlicher Hochschulen in Naumburg, Berlin und Leipzig erwiesen, die die Landeskirchen seit den frühen fünfziger Jahren gegründet und zu akademischen Ausbildungseinrichtungen für Volltheologen ausgebaut hatten. Diese Hochschulen, die keine offizielle staatliche Sanktion besaßen, auf die der Staat aber auch keinen offiziellen Einfluß hatte, blieben für all diejenigen eine Alternative zu den staatlichen Fakultäten, die von dort exmatrikuliert, politischem Druck ausgesetzt, erst gar nicht immatrikuliert wurden oder nicht einmal die Mög-

3 Vgl. ebd., 71-96.

4 Vgl. ebd., vor allem 177-180, 379-411, 619-628.

5 Vgl. ebd., vor allem 158-177, 361-378, 613-618.

6 Vgl. ebd., überblicksweise 353-359, 608-612.

lichkeit hatten, die staatliche Hochschulreife zu erwerben. Je repressiver die SED gegenüber den Fakultäten auftrat, je mehr studien- und lehrkörpermäßige Veränderungen in politischem Sinne durchgesetzt wurden, desto stärker wuchs auch die Zahl der Studenten an den Hochschulen, während die an den Fakultäten parallel sank. Das Balanceverhältnis zwischen Hochschulen und Fakultäten trug wesentlich dazu bei, daß die ursprünglich geplanten rigiden Strategien zur Beeinflussung des Studiums gleichsam einer Selbstbeschränkung unterworfen waren, wenn die studentische Zielgruppe in einem angemessenen zahlenmäßigen Rahmen gehalten werden sollte. Das hatte dazu geführt, daß sich Staat und Partei in internen Rechenschaftsbeziehungen kontinuierlich nur geringe Erfolge auf dem Weg zur Erziehung eines in ihrem Sinne „fortschrittlichen“ Pfarrernachwuchses eingestehen mußten.⁷

1.2 Mitte der siebziger Jahre hatte es angesichts der niedrigen Studentenzahlen seitens des Staatssekretariats für Kirchenfragen einen letzten Vorstoß gegeben, die Theologischen Fakultäten aufzulösen und – in Analogie zu dem Vorschlag Otto Grotewohls von 1952 – in die Hände der Kirchen zu übergeben, damit sie im Verbund mit den kirchlichen Hochschulen eine Evangelische Akademie bildeten.⁸ In den achtziger Jahren sind derartige Pläne nicht mehr nachweisbar, auch wenn solche Befürchtungen bei den Hochschullehrern bestanden, die durch Vorstöße des einflußreichen Berliner Alttestamentlers Karl-Heinz Bernhardt genährt wurden, der gleichzeitig Vorsitzender der Kommission für die Sektionen Theologie beim Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen war.⁹ Nichtsdestoweniger gab es bis zum Ende der DDR keine dauerhafte Bestandszusage für die Universitätstheologie seitens der SED, so daß sich Auflösungsbedürfnisse weiterhin hartnäckig hielten und in politischen Konflikten mit Studierenden vom Lehrkörper immer wieder ins Feld geführt wurden.¹⁰ Selbst das Staatssekretariat für Kirchenfragen, das in der Vergangenheit mehrfach die Überführung der staatlichen Theologenausbildung in die Zuständigkeit der Kirche angemahnt hatte,

7 Vgl. ebd., 675.

8 Vgl. ebd., 676 u.ö.

9 Vgl. Äußerung Bernhardts in: *D. Linke*, Theologiestudenten der Humboldt-Universität: zwischen Hörsaal und Anklagebank; Darstellung der parteipolitischen Einflußnahme auf eine Theologische Fakultät in der DDR anhand von Dokumenten. Neukirchen-Vluyn 1994, 422. Vgl. auch eine entsprechende Information des Leipzigers Kurt Meier als IMS „Werner“ über derartige Aktivitäten Bernhardts, die für Aufregung sorgten, Treffbericht Hauptmann Mielcareks vom 1.2.84, BStU, ASt Leipzig, AIM 3435/92, II2, Bl. 207 f.

10 Vgl. *F. Schilling/F. Stengel*, Die theologischen Sektionen im „real-existierenden“ Sozialismus der DDR. In: *KZG* 5 (1992), Heft 1, 110.

forderte 1985 angesichts sich mehrender innerkirchlicher Stimmen, die für eine Übernahme der gesamten Theologenausbildung durch die Kirche „in absehbarer Zeit“ votierten, eine verstärkte Einflußnahme der Sektionen auf die Kirchlichen Hochschulen.¹¹ Dadurch sollte kirchlichen Bestrebungen entgegengetreten werden, die kirchliche Ausbildung durch eine „breitere Vermittlung psychologischer, soziologischer und methodischer Kenntnisse“ stärker auf die gemeindliche Praxis zu orientieren, um – so die unausgesprochene Besorgnis der Kirchenpolitiker – größere Resonanz auf das kirchliche und nichtkirchliche Volk der DDR zu gewinnen. Nicht einmal das traditionell fakultätskritische Staatssekretariat äußerte in den achtziger Jahren noch Wünsche nach Veränderung des status quo der Universitätstheologie. Die andauernden Probleme mit opponierenden Studenten ignorierend, wurde die fakultätspolitische Konzeption der vergangenen dreißig Jahre fortgeführt. Glaubte die SED tatsächlich, die Theologen an den Universitäten im Griff und ihnen die zuge dachte politische Funktion für das Erscheinungsbild der Kirchen zugewiesen und durchgesetzt zu haben?¹² Immerhin wird in einem „parteiinterne[n] Material“ der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED zu dem „Bleibende[n], bis heute Gültige[n]“, das „in den fünfziger Jahren auch bei der konkreten Ausgestaltung der Staat-Kirche-Beziehungen geschaffen“ worden sei, der „Fortbestand der Theologischen Fakultäten“ gezählt, der sich „bewährt“ habe.¹³

1.3 Auffällig ist tatsächlich die Beobachtung, daß die Sektionen Theologie in den achtziger Jahren im Vergleich mit früheren Jahrzehnten staatlicherseits außerordentlich gefördert und die ideologischen Zügel verhältnismäßig locker gelassen wurden. Dies wird schon bei der Besetzung der wichtigsten administrativen Stelle im Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen

11 Vgl. Protokoll der Dienstbesprechung des Staatssekretärs für Kirchenfragen Klaus Gysi am 25.2.85, BArch, DO-4, 6127. Immerhin konstatiert der der Dienstbesprechung vorliegende „Entscheidungsvorschlag“ eingangs, auch die Absolventen der Kirchlichen Hochschulen zeigten in der späteren Praxis „politisch loyale Positionen“ und es gebe keine „gravierende[n] Unterschiede in der politischen Grundhaltung dieser Geistlichen im Vergleich zu den Absolventen der Sektionen Theologie“.

12 Dieses Urteil treffen – im Vergleich mit den Kirchlichen Hochschulen als „Widerstandsnester[n] der evangelischen Kirche“ – jedenfalls auch den oppositionellen Gruppen zuzurechnende Theologen, vgl. C. Dieckmann, Die heilige Schrift: eine Rede wieder das Verschwinden der Sprache in der Gegenwart. In: Die Zeit, Nr. 35 vom 23.8.1996, 42; E. Neubert, Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. Berlin 21998, 539.

13 Vgl. undatierte „Studie über historische Erfahrungen bei der Einbeziehung der Gläubigen in den Aufbau des Sozialismus und in den Kampf für den Frieden sowie bei der Gestaltung verfassungsgemäßer Staat-Kirche-Beziehungen in der DDR“, vermutlich von 1985, SAPMO, DY 30 vorl. SED 42217/1.

deutlich. Bis 1980 war dort ein zum Marxismus konvertierter Theologe, Jürgen Janott, der gleichzeitig Inoffizieller Mitarbeiter (IM) des MfS war, tätig.¹⁴ Seine Amtszeit war von rigiden Methoden, strengen Anforderungen an die Theologen und verschiedenen Eingriffen in die Geschicke der Sektionen geprägt gewesen. Ihm folgte ein moderater Mann, von Hause aus Jurist, der an den Sektionen anerkannt war und eine liberalere Linie zu verfolgen schien: Berndt-Norbert Winkler. Was damals keiner wirklich ahnte: Mit ihm war eine Personalunion in der Fakultätspolitik entstanden. Für die Regierungsarbeit gegenüber den Sektionen Theologie war er im Dienstgrad eines Hauptmanns als Offizier im besonderen Einsatz (OibE) vom MfS abgeordnet worden, offiziell trat er als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Stellvertreter des Hoch- und Fachschulministers für die Sektionen Theologie in Erscheinung.¹⁵ Zwei Perspektiven verdeutlichen Stellenwert und Einordnung von Winklers Amtszeit: Ohne ihn, wozu vielleicht manche neigen könnten, einer imaginären, auf „Perestroika“ orientierten Richtung innerhalb des MfS zuzuordnen, entsprach sein liberaleres, moderateres Auftreten der Entspannung des Staat-Kirche-Verhältnisses nach dem Spitzengespräch am 6. März 1978 ebenso wie der Bündelung aller kirchenpolitischen Kompetenzen in der Hand des MfS. Immerhin traten sowohl die AG Kirchenfragen des ZK der SED als auch das Staatssekretariat für Kirchenfragen und die CDU, die sich in den Jahrzehnten zuvor in die Politik gegenüber den Theologischen Fakultäten eingemischt hatten, in den achtziger Jahren deutlich zurück. Andererseits bestätigt sich die Beobachtung, daß die beiden zur SED konvertierten Theologen,¹⁶ die als IM und in Zusammenarbeit mit dem MfS gleichzeitig Referenten im Hochschulministerium gewesen waren, eine weitaus schärfere, repressivere Politik betrieben als ihre nichttheologisch geprägten Vorgänger und Nachfolger in 35 Jahren DDR.¹⁷ Freilich darf die Bedeutung der Personen in diesen Funktionen nicht zuungunsten der allge-

14 Vgl. F. Stengel, Theologische Fakultäten, 584-586.

15 Vgl. BStU, ZA, MfS KS 5451/90, besonders „Beurteilung“ Oberst Wiegands und Oberleutnant Reiches vom 13.11.85, Bl. 88-90. Vor seiner Tätigkeit im MHF war Winkler in der kirchenpolitischen Hauptabteilung XX/4 beschäftigt und am Ende stellvertretender Referatsleiter. Von daher war er in die geheimdienstliche Arbeit auf dem Gebiet der Kirchenpolitik eingeweiht. Seine politische Linie gegenüber den Theologen basierte auf einer „Einsatzkonzeption“, die immerhin vom stellvertretenden Minister für Staatssicherheit, Generalmajor Kienberg, bestätigt worden war, was Stellenwert und Anbindung der Politik gegenüber den Sektionen Theologie zeigt.

16 Friederun Fessen (1958-1965), Jürgen Janott (1971-1981); vgl. F. Stengel, Theologische Fakultäten, 586.

17 Friedhilde Krause (Slawistin, 1953-1958), Siegfried Schneider (Jurist, 1965-1971), Berndt Winkler (Jurist, 1981-1990); vgl. ebd.

meinen politischen Linie überschätzt werden, auch wenn ihnen eine in Einzelbereichen kaum zu übersehende Wirkungsgeschichte zukommt.¹⁸

Nach den verheerenden Erfahrungen der siebziger Jahre, in denen insbesondere im wehrpolitischen Bereich unnachgiebige Erwartungen an die Theologen gestellt worden waren, was zu einem dramatischen Einbruch der Immatrikulationen geführt hatte, wurde nun offenbar Wert darauf gelegt, die Sektionen Theologie wieder zu stärken und gegenüber den Kirchlichen Hochschulen attraktiv zu machen. Das bedeutete einerseits die Rücknahme extremer Forderungen wie der Verpflichtung der gedienten Bausoldaten zum Dienst mit der Waffe in den universitären Wehrlagern und andererseits die Aufweichung der strengen Kriterien, die an den akademischen Nachwuchs gestellt worden waren. Gerade auch hierfür schien Winkler Gewähr zu bieten, finden sich doch gelegentlich seine befürwortenden Stellungnahmen – unterzeichnet mit seinem OibE-Decknamen „Norbert“ – zu personellen Projekten wie Westreisen und Berufungen, die von „Genossen“ an den Universitäten, beispielsweise den ML-Dozenten, aus politischen Gründen abgelehnt worden waren.¹⁹ Auch bisher geltende Tabus bei Berufungen wurden nun aufgeweicht. Aus der Abgrenzungs- und Nichtanerkennungsstrategie der fünfziger Jahre resultierend war der Wechsel von Dozenten der Kirchlichen Hochschulen an die Fakultäten unmöglich gewesen. Mit der Berufung der Naumburger kirchlichen Dozenten Martin Seils, Nikolaus Walter und Stefan Schreiner nach Jena und Berlin wurde auch hier Neuland beschritten. Immerhin war Seils einst die Lehrtätigkeit an der Halleschen Fakultät von der Regierung untersagt worden.²⁰ Auch eine Rückkehr des als Assistenten auf Initiative des Staates und dortiger IM von der Leipziger Fakultät vertriebenen

18 Vgl. etwa die verheerenden Eingriffe Friederun Fessens in das Berufungsgeschehen an den Theologischen Fakultäten, in Berlin ihr Engagement zugunsten der Fraktion um Hanfried Müller und Rosemarie Müller-Streisand, im Vergleich mit dem liberaleren Berufungsmodus in der Amtszeit Siegfried Schneiders. Diese Vorgänge sind zentrales Thema meiner Dissertation „Die Theologischen Fakultäten in der DDR als Problem der Kirchen- und Hochschulpolitik des SED-Staates bis zu ihrer Umwandlung in Sektionen 1970/71.“ Leipzig 1998.

19 Vgl. etwa BStU, ZA, MfS HA XX/4, 654, Bl. 247; BStU, ZA, MfS HA XX/4, 655, Bl. 274-277, 286 (Voten der HA XX/4 und „Norberts“ zu Reisekaderfragen Michael Beintkers/Halle und Ernst-Joachim Waschkes/Greifswald, vgl. im Kontrast dazu etwa das außerordentlich negative Urteil des Halleschen ML-Dozenten Werner Prokoph als GMS „Kurt“ über Beintker, der „Vertrauensmann der meisten negativen Theologiestudenten“ und einer der „negativsten Nachwuchslute“ sei, weshalb sich Prokoph einst gegen seine Anstellung als Assistent ausgesprochen habe [Treffbericht Leutnant Weißes vom 21.7.82, BStU, AStHalle, AGMS 1447/83, Bl. 247].)

20 Vgl. *F. Stengel*, Theologische Fakultäten, 435 f.

Ulrich Kühn an eine Sektion Theologie wurde ernsthaft diskutiert.²¹ Bisher auf Grund politischer Vorbehalte blockierte Beförderungen und Berufungen, die teilweise in den sechziger Jahren wurzelten, wurden im Laufe der achtziger Jahre, wenn auch halbherzig, verwirklicht, so im Falle der Berliner Günther Baumbach und Hans-Dieter Döpman zu außerordentlichen bzw. ordentlichen Professoren, des Rostockers Peter Heidrich und des Greifswalders Hans Georg Thümmel zu außerordentlichen Dozenten.²² Aus politischen Gründen von Staat und Partei verhinderte akademische Laufbahnen oder Einsetzungen gegen den Willen der Sektionen, die es seit Mitte der fünfziger Jahre in großer Menge gegeben hatte, waren in den achtziger Jahren nicht mehr zu verzeichnen.²³ Insgesamt wurde das Professuren- und Dozentenkontingent der Sektionen im Laufe der achtziger Jahre erheblich erhöht, wobei sich folgende Erhebungen anstellen lassen, ohne zunächst zwischen den einzelnen Sektionen mit ihren – auch politischen – Besonderheiten zu differenzieren: Hatte es 1980 noch 54 Professuren und Dozenten gegeben, waren es 1989 bereits 63, dem standen nur zehn Emeritierungen und drei Ausfälle durch vorzeitigen Tod gegenüber. Insbesondere in der Zeit um die in breiter internationaler Öffentlichkeit veranstalteten Feierlichkeiten im Luther-Jahr 1983 würdigte der Staat die Universitätstheologie durch zahlreiche Beförderungen und Berufungen.²⁴ Diese Veränderung des Personalbestandes bereitete die 1990 bis 2000 anstehenden Neubesetzungen vor. Sie waren – das war kein Spezifikum der Theologen, sondern usus in der auch auf personellem Gebiet planwirtschaftlich organisierten DDR-Gesellschaft – langfristig vorbereitet und in sogenannten Kaderplänen fixiert, die die

21 Vgl. ebd., 438-445, zu den Angeboten des MHF, die über Karl-Heinz Bernhardt vermittelt wurden, Kühn an eine Sektion zu berufen, vgl. Schriftverkehr Bernhards mit Kühn, Berndt Winkler und den Landesbischöfen Johannes Hempel und Werner Leich vom 24.9 bis 1.10.86, BArch, DR-3, 1216.

22 Zu Baumbach und Döpman vgl. *F. Stengel*, Theologische Fakultäten, 446-449, zu Heidrich und Thümmel vgl. ebd., 461-465.

23 Allein bis 1965 wurden vom Staat neun Berufungsanträge für Theologen aus dem kirchlichen Bereich abgelehnt, 14 fakultätsinterne Berufungsprojekte verhindert und zehn Theologen gegen die ursprünglichen Wünsche der Fakultäten eingesetzt (in Berlin und Leipzig je vier).

24 1982: zwei ordentliche Professoren (Jena, Leipzig); 1983: drei ordentliche Professoren (zwei Berlin, Greifswald), drei Dozenten (zwei Leipzig, Halle); 1984: drei ordentliche Professoren (Berlin, Jena, Leipzig), drei Dozenten (Berlin, Halle, Jena); 1985: zwei Dozenten (Halle, Leipzig); 1986: ein ordentlicher (Jena), zwei außerordentliche Professoren (Berlin, Jena), zwei Dozenten (Berlin, Leipzig), ein außerordentlicher Dozent (Rostock). Den 22 Neuberufungen bzw. Beförderungen zwischen 1982 und 1986 standen lediglich zehn Abgänge gegenüber, wobei Leipzig und Berlin am stärksten profitierten.

Sektionsleitungen regelmäßig vorzulegen hatten.²⁵ Hervorzuheben ist weiterhin eine ausgedehnte Reisetätigkeit der Professoren und Dozenten ins westliche Ausland, die insgesamt so stark ausgeprägt war, daß sie gelegentlich den „Unmut“ anderer Universitätsangehöriger erregte, dem der Staat mit dem Hinweis auf das „kirchenpolitische Interesse“ entgegentrat, weil „dadurch die Sektionen Theologie stärker mit ihrem Fachwissen in die ökumenische Arbeit der DDR-Kirchen einbezogen“ würden.²⁶ Obgleich die meisten Reisen – Ende der achtziger Jahren waren es mehr als 100 pro Jahr, davon 90% ins westliche Ausland, vor allem in die Bundesrepublik²⁷ – zweifellos diejenigen zu verzeichnen hatten, die gleichzeitig als Inoffizielle Mitarbeiter für das MfS und seine Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) oder im Rahmen der CFK arbeiteten,²⁸ waren kaum Dozenten und Professoren grundsätzlich aus dem Stamm der Reisekader herausgenommen.²⁹ Die Theologen genossen damit ein Privileg, das nur wenigen DDR-Bürgern zugebilligt wurde. Im letzten Jahrzehnt der DDR war es sogar möglich geworden, daß Sektions-

25 Vgl. etwa Kaderentwicklungsplan der Berliner Sektion vom August 1984, Schreiben des Halleschen Sektionsdirektors Friedrich de Boor an Prorektor Bauermann vom 21.8.84, BArch, DR-3, 1222; Kaderentwicklungsplan des Greifswalder Sektionsdirektors Hans-Jürgen Zobel vom 10.5.85, BArch, DR-3, 1221.

26 Vgl. Bericht Horst Dohles/SfK vom 23.4.85 über eine Dienstreise nach Halle, BArch, DO-4, 1394.

27 Vgl. „Übersichtsinformation“ Berndt Winklers (undatiert), BArch, DO-4, 1025.

28 Dies läßt sich momentan (Oktober 1999) nur bruchstückhaft nachweisen, da die Akten der HVA entweder vernichtet oder in den Besitz ausländischer Geheimdienste übergegangen sind, vgl. die momentan laufende Debatte um die Rückgabe von MfS-Material vom amerikanischen Geheimdienst CIA. Hinweise gibt es aber beispielsweise bei dem Berliner IM „Jäger“ (Karl-Heinz Bernhardt), BStU, ASt Berlin, AIM 7218/91 (vgl. auch *D. Linke*, Theologiestudenten, 473-500) und bei dem Leipziger IM „Lorac“ (Siegfried Krügel), den die Bezirksverwaltung Leipzig des MfS nach seiner Emeritierung auf Bitte von Generaloberst Markus Wolf an die HVA übergab, vgl. Schreiben Wolfs an Generalmajor Hummitzsch/Leipzig vom 10.8.81, BStU, ASt Leipzig, BVfS Leipzig, Leitung, 672, Bl. 37. Auch Absolventen, die die Genehmigung für ein Forschungsstudium im westlichen Ausland erhalten hatten, waren umfangreich für das MfS tätig, so der Leipziger Dittmar Rostig, vgl. BStU, ASt Leipzig, AIM 759/89, vgl. auch *J. J. Seidel*, Gutachten über die Mitarbeit von Dr. Karl Dittmar Rostig als sog. „IM“ im Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der früheren DDR anläßlich der Synode der Evangelisch-reformierten Landeskirche Graubündens vom 23. bis 27. Juni 1994 in Ardez/Steinsberg. MS 1994.

29 Sperrungen als Reisekader hat es natürlich ebenfalls gegeben, so im Falle von Ehescheidungen und im Spezialfall eines nicht legalen Grenzübertretts von DDR-Theologen aus Jordanien nach Israel im September 1979, der erst 1982 ans Licht kam, vgl. Aktennotiz Winklers über ein Gespräch mit fünf betroffenen Alt- und Neutestamentlern von Sektionen und Kirchlichen Hochschulen am 29.1.82, BArch, DR-3, 1227.

theologen mit staatlicher Genehmigung Gastprofessuren an westlichen Universitäten bekleideten.³⁰

1.4 Gefördert wurden die Sektionen nicht nach dem Umfang der Studentenschaft, sondern nach ihrem politischen Profil. Den größten Bestand und Zuwachs hatte die Berliner Sektion zu verzeichnen, die nach wie vor von dem skurrilen, politische Denunziationen nicht aussparenden Konflikt zwischen dem SED-nahen Flügel um Hanfried Müller und dem CDU-dominierten um Hans-Hinrich Jenssen bestimmt war.³¹ Dieser Konflikt hatte die Konsequenz nach sich gezogen, daß die Vertreter beider Flügel sich mit politischen, die DDR-Politik unterstützenden und die kirchliche Opposition bekämpfenden Stellungnahmen permanent zu übertreffen suchten.³² 1980 hatte der Lehrkörper schon 14 Professoren und Dozenten gezählt, 1989 waren es bereits 18, inklusive zweier Honorarprofessoren. Die größte Sektion in Leipzig genoß geringere, aber die anderen Sektionen immer noch übertreffende Förderung: Der 11 Professoren und Dozenten umfassende Lehrkörper wurde bis 1989 auf 13 erweitert. Der Flügelkampf in der Leipziger Sektion, die in den fünfziger und sechziger Jahren in einen intakten und einen gleichsam defekten, vom Staat hineingebrachten Teil zerfallen war, hatte in den achtziger Jahren keine maßgebliche Bedeutung mehr für die Personalpolitik. Die

30 So Hans-Georg Fritzsche, Hans-Hinrich Jenssen (beide Berlin), Heinz Joachim Wagner (Leipzig), Ernst-Rüdiger Kiesow (Rostock); von diesen vier war nur Fritzsche als IM („Fritz“, BStU, ZA, AIM A 112/85) tätig, so daß es ein zusätzliches Interesse des MfS an seinem Auslandseinsatz gab.

31 Karl-Heinz Bernhardt beschrieb die Folgen dieses Konflikts so: „Wie soll sich der Student einen Hochschullehrer zum Vorbild machen, bei dem es sich nach Meinung anderer angesehener Hochschullehrer um einen ‚terroristischen Linksextremisten‘, um einen ‚kleinbürgerlichen Konterrevolutionär‘ oder um irgendeinen ‚Schädling‘ anderer Prägung handelt?“ Bernhardt an Janott, 28.1.80, „Analyse der gesellschaftspolitischen Situation an der Sektion Theologie der Humboldt-Universität Berlin“, BArch, DR-3, 1222.

32 Vgl. zu den Ursachen des Konflikts *F. Stengel*, Theologische Fakultäten, 379-398 u.ö. Große Auseinandersetzungen hatte es in den siebziger Jahren um die fachlich von der CDU-Fraktion namens Herbert Trebs torpedierte Dissertation B von Heinrich Fink gegeben, der von Universitätsleitung und ZK der SED als Sektionsdirektor vorgesehen war, vgl. gewerkschaftliche Stellungnahme vom 15.3.78, SAPMO, DY 30 IV/B2/14/139; nicht unterzeichnete Information über ein Gespräch mit Hanfried Müller und Rosemarie Müller-Streisand am 18.8.78, ebd.; Müller-Streisands Erwiderung zur oben genannten Stellungnahme der Gewerkschaft an der Sektion vom 18.7.78, BArch, DR-3, 1227; Eingabe Jenssens, am 4.9.78 von Bernhardt an Rektor Klein weitergeleitet, ebd. Ähnlichen Widerspruch äußerte Herbert Trebs (CDU, IM) gegen die Dissertation B des Schülers von Hanfried Müller, Dieter Kraft, vgl. Trebs an Döpmann und Fink, 13.9.83, BArch, DR-3, 1218; Aktennotiz des Prorektors für Gesellschaftswissenschaften der HUB über ein Gespräch mit Trebs vom 26.9.83, BArch, DR-3, 1222.

Sektionsleitung, die zwar in der Hand der als ehemals „fortschrittliche“ FDJler der fünfziger Jahre in die Fakultät gebrachten Hans Moritz und Kurt Meier war, betrieb eine ausgleichendere Politik gegenüber den Schülern der alten Fakultät und förderte selbst Theologen, die politisch durchaus nicht auf ihrer Linie lagen.³³ Rudiment des alten Konflikts war allerdings die klare Ablehnung Meiers und Manfred Hausteins, Günther Wartenberg 1990 Sektionsdirektor werden zu lassen, da „mit einer solchen Entscheidung, die politisch linken engagierten Leute immer weniger“ würden.³⁴ Die Lehrkörper in Halle (1980: 9, 1989: 10), Jena (gleichbleibend: 9), Rostock (gleichbleibend: 6) und Greifswald (1980: 5, 1989: 6) blieben relativ konstant.

2. Der Lehrkörper

2.1 Es ist kaum möglich, von *den* Sektionen Theologie zu sprechen, wenn ihre kirchenpolitische Rolle in den achtziger Jahren eruiert werden soll. Freilich wurden zu Staatsjubiläen und anderen Anlässen öffentliche Erklärungen einzelner Sektionen oder aller Sektionsdirektoren verabschiedet und publiziert, die den Eindruck erwecken, als sprächen die Theologen mit einer Stimme, die zudem noch einen eindeutig staats- und sozialismusbejahenden Klang hatte. Bei genauem Hinsehen zeigt sich jedoch, daß solche öffentlichen Erklärungen, die den Standpunkt der Universitätstheologie in der DDR-Gesellschaft festzulegen schienen, der Feder einzelner besonders staatsnaher Theologen entsprangen und von den übrigen Unterzeichnern lediglich nicht abgewehrt wurden. So legten 1981 die theologisch verfeindeten Hanfried Müller/Berlin und Hans Moritz/Leipzig jeweils eigene Entwürfe zum 10. Todestag des Protagonisten der „fortschrittlichen“, CDU-orientierten Theologen Emil Fuchs vor, die sich keinesfalls in ihrem eindeutig den Sozia-

33 Beispiel für diese Burgfriedenspolitik von Hans Moritz ist dessen strikte Weigerung, gegen die Forderung von Partei und Regierung den mit seiner Landeskirche zerstrittenen und politisch im Rahmen der CFK arbeitenden Pfarrer Werner Wittenberger an die Sektion zu holen, vgl. Schriftverkehr und Notizen 1984/85 in BArch, DR-3, 1216; 1217; 1227 und BArch, DO-4, 1394, vgl. auch G. Besier, Der SED-Staat und die Kirche 1969-1990: die Vision vom „Dritten Weg“. Frankfurt am Main 1995, 558.

34 Vgl. Vorlage für die Dienstbesprechung des SfK am 29.8.88, BArch, DO-4, 6138. Meiers und Hausteins Standpunkt war selbst in den Augen des Staatssekretärs für Kirchenfragen Kurt Löffler veraltet. Er teilte dem Referatsleiter Kirchenfragen des Rates des Bezirkes Leipzig am 5.9.88 mit, daß 1990 zunächst Wartenberg Sektionsdirektor werden solle, bis Peter Zimmermann (IM „Karl Erb“) „etwa 1993/94“ in dieses Amt rücke. Dadurch „dürften sowohl die kirchenpolitischen Interessen unseres Staates wie jene der von Ihnen genannten progressiven Kräfte gewahrt sein“, vgl. Löffler an Hartmut Reitmann/RdB Leipzig, BArch, DO-4, 1025.

lismus bejahenden Duktus, wohl aber in ihrer theologischen Rezeption des Erbes von Fuchs unterschieden.³⁵ Fehlte in diesem Dokument noch die ideologische Abgrenzung gegen den westlichen Kapitalismus und damit eine deutliche Positionierung im Kalten Schriftkrieg, so hatte die Berliner Sektion im selben Jahr kein Problem damit, ausgerechnet anlässlich des 75. Geburtstages von Dietrich Bonhoeffer der SED-Propaganda zu folgen und zu einer Verbündung aller „Friedensmacher“ gegen die „gegenwärtige Großoffensive der friedensgefährdenden Kräfte mit ihren neuen, teuflischen Waffen wie Cruise Missile und Pershing II“ aufzurufen und diese theologisierend als eine „Lästerung des Gottes der Lebenden“ einzustufen, wobei natürlich keine Rede von den sowjetischen Parallelaktivitäten war.³⁶ Vergleicht man mit dieser Stellungnahme etwa eine Erklärung der Greifswalder Professoren „zur politischen Verantwortung in der gegenwärtigen Zeit“ von 1986, so fällt auf, daß darin die derzeitigen „konstruktiven Vorschläge der Sowjetunion zur Rüstungsminderung“ zwar gewürdigt werden, aber lediglich zu einer „Koalition der Vernunft“ aufgerufen wird, ohne einseitig Partei für den Sozialismus oder einen moralisch überlegenen Friedenswillen des Ostens zu ergreifen.³⁷ Nicht einmal die ideologischen Positionierungstermini „Sozialismus“, „NATO“, „USA“ oder „BRD“ fallen. Auf die Anfrage des Prorektors für Gesellschaftswissenschaften, ob die Sektion Theologie „eine Erklärung zum Frieden und zu unserer Friedenspolitik abgeben“ wolle, erwiderte gar der Hallesche Sektionsdirektor Gerhard Wallis 1981, „er könne nicht sofort eine Zusage abgeben, da er sich erst mit den anderen Herren der Sektion beraten müsse“.³⁸ Unterschiede zwischen den Sektionen in der Qualität und

35 Vgl. BArch, DO-4, 484. Die Leipziger Erklärung ist auszugsweise abgedruckt in: Standpunkt. Evangelische Monatsschrift 9 (1981), 171. Hanfried Müller, der die Theologie von Fuchs und der CDU gleichbedeutend als „Theologie der Synthese“ ansah, mit dem Ansatz der Deutschen Christen gleichsetzte und als „Mithras-Kult“ bezeichnete (vgl. Vermerk Gerhard Quasts vom Hauptvorstand der CDU vom 10.12.69 ACDP, VII-013-2113, sowie F. Stengel, Theologische Fakultäten, 381 f.), hatte aus diesen theologisch-politischen Gründen nicht nur einen Dauerkonflikt mit seinen der CDU angehörenden Kollegen in Berlin, sondern auch mit den Fuchs-Schülern in Leipzig, allen voran Hans Moritz und Kurt Meier, heraufbeschworen.

36 Vgl. „Im Dienste des Gottes der Lebenden und nicht der Toten!“ Erklärung der Berliner Sektion, von Heinrich Fink an Klaus Gysi gesandt am 2.3.81, BArch, DO-4, 484, abgedruckt in: Standpunkt 9 (1981), 86. Zur „Idee des Friedens als Waffe im Kalten Krieg“ vgl. gleichnamigen Aufsatz von M. Beintker in: KZG 4 (1991), Heft 1, 249-259. Zur Bonhoeffer-Rezeption in der DDR vgl. W. Krötke, Dietrich Bonhoeffer als „Theologe der DDR“: ein kritischer Rückblick. In: ZEE 37 (1993), 94-105.

37 Vgl. am 14.4.86 telegraphisch an Berndt Winkler/MHF übersandte Erklärung, BArch, DR-3, 1221.

38 Vgl. Aktennotiz Bauermanns vom 19.11.81, LA Merseburg, Bezirkstag/RdB Halle, 19400.

in der Bereitschaft, sich akklamierend zu politischen Fragen zu äußern, waren also durchaus vorhanden.

Demgegenüber erwecken die Erklärungen der Sektionsdirektoren nicht den Eindruck einer Entwicklung, die die politischen Verhältnisse, die Staat-Kirche-Beziehungen und die von der innerkirchlichen Opposition vertretenen Standpunkte in irgendeiner Weise berücksichtigt hätten. Sie bleiben vielmehr auf der Ebene von Grundsatzserklärungen, die sich affirmativ und vorbehaltlos zur sozialistischen Gesellschaft und Staatsdoktrin ausdrückten. Im Mai 1982 nehmen die Sektionsdirektoren zur Friedensfrage Stellung, verurteilen die Nachrüstungsschritte der NATO, erwähnen die der UdSSR selbstredend nicht und wenden sich – ohne es auszusprechen – gegen die kirchliche Friedensbewegung „Schwerter zu Pflugscharen“, indem sie sich dagegen wehren, „daß Friedenssehnsucht für antisozialistische Ziele mißbraucht wird“.³⁹ Die von den Sektionsdirektoren zum 40. Jahrestag der Befreiung am 8. Mai 1985 abgegebene Erklärung leitet aus der Befreiungserfahrung des Kriegsendes deutlich die Konsequenz ab, „Zeugnis und Dienst von Kirchen und Christen in einer sozialistischen Gesellschaft zu bewähren und als Bürger unseres Staates auf unsere Weise am Aufbau dieser Gesellschaft mitzuarbeiten“.⁴⁰ Mit Erstaunen nimmt man sodann die Feststellung zur Kenntnis, die Theologen wüßten sich „gleichverpflichtet, gleichberechtigt und gleichgeachtet“ und wollten ihre Studenten zu „guten Theologen, zu verantwortungsbewußten Christen und zu aktiv mitwirkenden Gliedern unserer Gesellschaft erziehen“. Und selbst die offenbar nur noch von Berlinern ausgehende Erklärung zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989, als die Wende kurz bevorstand und die Gesellschaft sich in allen Bereichen im Aufruhr befand, blickt auf die „Erkenntnis und Erfahrung von Gemeinsamkeiten zwischen Marxisten und Christen im Bereich humanistischer Grundwerte“ und das gemeinsame „Engagement im Rahmen der Friedenspolitik der DDR“ zurück und stellt unerschütterlich fest, daß das „Bemühen um einen gelingenden Staats- und Gesellschaftsaufbau [...] auch von uns anerkannte und mitge-

39 Vgl. „Endziel und Schritte: eine Erklärung der Sektionsdirektoren“ In: Standpunkt 10 (1982), 156. Bemerkenswert ist die Bezugnahme auf die noch neutral gehaltene Erklärung der sechs Dekane zu den Massenvernichtungsmitteln von 1957, vgl. dazu *F. Stengel*, Theologische Fakultäten, 299-302.

40 Vgl. BArch, DR-3, 1218, abgedruckt in: Standpunkt 13 (1985), 152 f.

tragene Aufbauergebnisse erzielen ließ und wesentlich zum Erhalt des Weltfriedens beigetragen“ habe.⁴¹

Veröffentlichte Äußerungen von Universitätstheologen, die kritisch zur politischen Situation in der DDR Stellung bezogen hätten, sind nicht auffindbar. Da andererseits alle akklamierenden und sozialismusbejahenden Stimmen gefördert und nach Möglichkeit auch publiziert wurden, fällt ein deutliches Gewicht zugunsten der im Sinne des Staates „fortschrittlichen“ Theologen auf, die keinesfalls das Bild der Sektionen repräsentieren können. Die „Neue Zeit“, Zentralorgan des Hauptvorstands der CDU, war ein Blatt, das in manchen Bereichen die Propagandamaschine der SED im „Neuen Deutschland“ noch übertraf und natürlich auch für staatsnahe Theologen offenstand. Sieht man nur die wöchentlich erscheinenden, oft von Uni-Theologen verfaßten Predigtmeditationen unter der Rubrik „Der Christ in der Gesellschaft“⁴², später „Wort für den Sonntag“ durch, so überkommt einen heute noch das Entsetzen über so viel Vermengung von Glaubensinhalten und politischer Anpassung oder gar Parteilichkeit für den Staat der Diktatur des Proletariats. Und auch in der Evangelischen Monatsschrift „Standpunkt“, u.a. herausgegeben von dem CDU-Ideologen Günter Wirth, finden sich reichlich Zeugnisse dieser Art. Lediglich Einzelstimmen wie die des Jenaer Praktischen Theologen Klaus-Peter Hertzsch wagten gelegentlich auch in Publikationen, wenigstens andeutungsweise die Unvollkommenheit und Verbesserungsnotwendigkeit des DDR-Sozialismus anzumahnen.⁴³ Vergleicht man aber die Autorenliste der immer wiederkehrenden akklamierenden oder parteilich akzentuierten Publikationen mit der Gesamtzahl der theologischen Hochschullehrer, wird deutlich, daß sich die allermeisten gleichsam asketisch mit politischen Erklärungen zurückhielten. Die Veröffentlichungen sind also

41 Die Erklärung wurde am 8.9.89 von Dohle/SfK weitergeleitet und von Staatssekretär Löffler mit „sehr gut“ bewertet, vgl. BArch, DO-4, 1023. Sie ist abgedruckt unter dem Titel: „Im Geiste humanistischer Verantwortung: Erklärung von Universitätstheologen anläßlich des 40. Gründungstages der DDR“ In: Neue Zeit, 45. Jg., Nr. 226 (Ausgabe A) vom 25.9.89, 2. Im Gegensatz zu früheren Erklärungen enthält sie keine Unterschriften, lediglich Karl-Heinz Bernhardt und die Berliner Dozentin Katharina Gaede werden als Überbringer der Erklärung an den Hoch- und Fachschulminister Hans-Joachim Böhme namentlich genannt – ein Zeichen, daß viele andere nicht zur Unterzeichnung bereit waren. So weigerte sich die Greifswalder Sektion geschlossen, den Text zu unterschreiben, vgl. Dienstreisebericht Berndt Winklers, BStU, ZA, MfS HA XX/4, 655, Bl. 305.

42 Vgl. *F. Stengel*, Die DDR-Situation im Blickfeld universitätstheologischer Stellungnahmen in den siebziger Jahren. Halle, Univ., Theol., Diplomarbeit, 1992, 33-35.

43 Vgl. *K.-P. Hertzsch*, Kirche im Sozialismus (II). In: Standpunkt 11 (1983), 126-131. Ähnliche Ansichten hatte Hertzsch schon früher vertreten, was das MfS veranlaßte, in einem Operativen Vorgang (OV) gegen ihn zu ermitteln, und sich seine Beförderung zum Professor verzögerte, vgl. *F. Stengel*, Theologische Fakultäten, 609.

offenbar nicht geeignet, ein Bild von der politischen Rolle *der* Sektionen Theologie zu entwerfen, sondern erwecken eher den Eindruck, als habe es nur die hier vertretenen „Standpunkte“ gegeben.

2.2 Was läßt sich über das Verhältnis der theologischen Positionen mit politischer Relevanz zur gesellschaftspolitischen Aktivität und der Mitarbeit der jeweiligen Personen in staatlichen und staatstragenden Organisationen sagen? Neben der CDU und der CFK ist die Tätigkeit als IM des MfS zu betrachten. Während die CDU, der etwa ein Drittel der Hochschullehrer angehörte,⁴⁴ in den achtziger Jahren keine bedeutende Rolle in der Fakultätspolitik mehr spielte,⁴⁵ fällt an einigen Sektionen das starke Gewicht der längst gleichgeschalteten CFK⁴⁶ auf, allen voran in Berlin. Karl-Heinz Bernhardt und Heinrich Fink waren lange Jahre Regionalvorsitzende, ein großer Teil des Lehrkörpers war ebenfalls in der CFK engagiert. Auch an anderen Sektionen, in Leipzig und Jena, gab es CFK-Mitarbeiter, die nach einer hauptamtlichen Tätigkeit, teilweise im Ausland, planmäßig in akademische Laufbahnen gebracht wurden.⁴⁷ Wenngleich die Rolle der CFK hier nicht zur Debatte steht, ist deren Verknüpfung mit einem Teil des Lehrkörpers wenigstens zu konstatieren. Weiterhin fällt auf, daß die meisten der führenden CFK-Mitarbeiter und -Mitglieder gleichzeitig IM des MfS waren, obgleich in einigen Fällen die Akten auf Grund gezielter Vernichtung fehlen. Die IM konzentrierten sich auf diejenigen Sektionen, die den größten Anteil an politisch im Sinne des Staates engagierten Theologen hatten. Insgesamt gab es 1980 15 und 1989 13 mehr oder weniger engagierte IM im theologischen Lehrkörper (nur Professoren und Dozenten). Das ergibt bei der Gesamtstärke aller theologischen Sektionen von 54 Professoren und Dozenten 1980 und 63 1989 immerhin eine Quote zwischen etwa 27% 1980 und 20% 1989 – ein weitaus höherer Prozentsatz als in der Pfarrerschaft. Berlin steht dabei deut-

44 Vgl. undatierte „Übersichtsinformation zu ausgewählten Entwicklungsfragen des Arbeitsgebietes Sektionen Theologie“ Berndt Winklers (vermutlich Ende 1988/Anfang 1989), BArch, DO-4, 1025.

45 Das zeigt beispielsweise die Durchsicht der vorhandenen Akten im ACDP. Im Vergleich mit den sechziger Jahren ist die Menge hier überlieferten Materials, das für eine eigenständige politische Linie sprechen könnte, äußerst gering. Die Tätigkeit der CDU als Partei beschränkte sich auf politisch-ideologische Veranstaltungen an den Sektionen. Die CDU-Mitgliedschaft von Theologen war oft nur formal. Sie müßte in einer separaten Untersuchung analysiert werden.

46 Vgl. *F. Stengel*, *Theologische Fakultäten*, 596 f.

47 In Leipzig Peter Zimmermann, in Jena Joachim Schöffler, in Berlin Dieter Kraft.

lich an der Spitze mit sechs IM 1980 und fünf 1989,⁴⁸ das sind 1980 43% und 1989 28%. Leipzig folgt mit vier 1980 und drei 1989.⁴⁹ Alle anderen Sektionen weisen in dieser Zeit entweder keinen (Greifswald), einen oder zwei IM auf,⁵⁰ wobei natürlich in Rechnung zu stellen ist, daß die Dozenten für Marxismus-Leninismus meist auch IM waren und sich Zuträger des MfS auch in der Assistentenschaft befanden. Deutliche Differenzen zwischen den Sektionen, aber vor allem zwischen Berlin und den anderen fünf werden hier sichtbar. Allerdings gibt es diese Unterschiede auch innerhalb der Gruppe der IM, deren Akten vorhanden sind: IM auf der qualitativen Ebene von Trebs, Müller, Bernhardt (Berlin), Moritz, Meier, Krügel (Leipzig), Bertholt (Halle) und Wendelborn (Rostock) sind kaum mit anderen vergleichbar, die ihre Zusammenarbeit – ohne ein wertendes Urteil darüber zu fällen – im Kontext sektionsleitender Notwendigkeiten sahen und den Kontakt zu MfS-Offizieren – ob nun berechtigt oder nicht berechtigt – für unumgänglich hielten. Weiterhin fällt auf, daß viele der stärker engagierten IM in der theologischen Hochschullehrerschaft nicht ordiniert und somit nicht an das Pfarrerdienstgesetz gebunden waren, so daß deren Verbändelungen mit dem Sicherheitsorgan im nachhinein nicht wirklich verwundern.

Auf einer anderen Ebene ist festzustellen, daß neben der Tätigkeit von Theologen in CFK und MfS für die meisten irgendeine Form der gesellschaftlichen Betätigung zur Debatte stand, um den staatlicherseits an einen Hochschullehrer gestellten Forderungen gerecht zu werden. Mitgliedschaften in der Gewerkschaft, in der GDSF, in den Arbeitsgruppen „Christliche Kreise“ bei der Nationalen Front oder in Wahlausschüssen waren Möglichkeiten, solchen Forderungen gerecht zu werden, ohne eine darüber hinausgehende Parteilichkeit für den Staat zu zeigen oder bloß vorzugeben. Selbstverständlich haben sich einzelne Theologen jeder Mitarbeit in einer der

48 1980: Karl-Heinz Bernhardt („Jäger“/„Förster“), Hanfried Müller („Hans Maier“), Hans-Georg Fritzsche („Fritz“), Heinrich Fink („Heiner“), Herbert Trebs („Anton“), Gerhard Bassarak („Freund“, „Buss“). 1989: an die Stelle der durch Tod oder Emeritierung ausgeschiedenen Bassarak und Fritzsche tritt Dieter Kraft („Michael“). Die Akten sind zum Teil gänzlich vernichtet, zum Teil für die achtziger Jahre nicht erhalten, im Falle Hanfried Müllers aus zerissenen Bruchstücken aus den siebziger und achtziger Jahren kürzlich rekonstruiert worden, vgl. *F. Stengel*, *Theologische Fakultäten*, 141 f., 323, 586.

49 1980: Kurt Meier („Werner“), Hans Moritz („Martin“), Siegfried Krügel („Lorac“), Manfred Hausteine („Cornelius“). 1989: Meier, Moritz, Peter Zimmermann („Karl Erb“), vgl. *F. Stengel*, *Theologische Fakultäten*, 143, 322, 617; BStU, ASt Chemnitz, AIM 571/86 (Hausteine).

50 Halle 1980: Traugott Holtz („Prof. Baum“), 1989: Holtz, Heinz Bertholt („Dr. Krause“); Jena 1980: Walter Saft („Salzmann“), Joachim Schöffler; Rostock: gleichbleibend Helmut Fritzsche („Helmut“), Gert Wendelborn („Heinz Graf“), vgl. *F. Stengel*, *Theologische Fakultäten*, 324, 587-589, 608 f.

genannten Organisationen entzogen.⁵¹ Politische Äußerungen sind von diesem Kreis nicht öffentlich geworden und auch nicht aktenkundig. Die in der DDR weit verbreitete Aufspaltung zwischen dem öffentlichen, weil anpassungsbedingt nötig erscheinenden Auftreten und der inneren Haltung war auch in Theologenkreisen verbreitet.

Exkursartig ist in diesem Fall darauf hinzuweisen, daß das Erscheinungsbild der Persönlichkeiten in Akten und durch Publikationen oftmals stark differiert. Als Beispiele nenne ich die Rostocker Professoren Hans-Friedrich Weiß und Ernst-Rüdiger Kiesow. Während über Weiß in den „normalen“ Staats- und Parteiakten der achtziger Jahre⁵² keine politisch negative Beurteilung auftaucht, unterzieht ihn sein als IMB „Heinz Graf“ langjährig für das MfS tätiger Sektionskollege Gert Wendelborn einer scharfen Kritik: Der Kontakt zu ihm sei zwar „ausgesprochen erfreulich und sympathisch“, Weiß sei aber „ganz offensichtlich unser Freund nicht“, stehe politisch „auf der anderen Seite“⁵³ und sei an der Sektion „der am weitesten rechts stehende“.⁵⁴ So habe er 1982 in einem akademischen Gottesdienst den Predigttext genutzt, um sich positiv über die kirchliche Friedensbewegung und „Schwerter zu Pflugscharen“ zu äußern. Er habe die Jugendlichen in der Friedensbewegung ermutigt, ihre „Zielstellung weiter zu vertreten“ und die „ganze Beharrlichkeit, die der Jugend eigen sein könne, hier auch in die Waagschale“ zu werfen.⁵⁵ Ernst-Rüdiger Kiesow, der sich gelegentlich auch einmal öffentlich für eine staatspolitische Ausbildung der Theologen äußern konnte,⁵⁶ daneben Mitglied der mecklenburgischen Kirchenleitung und der Bundessynode war, ließ sich 1984 zum Mitglied der Wahlkommission des

51 Berndt Winkler stellt 1989 (oder Ende 1988) in einer (undatierten) „Übersichtsinformation“ fest, nur „ein kleiner Teil“ der Theologen nehme „nicht bewußt gesellschaftliche Verantwortung“ wahr, vgl. BArch, DO-4, 1025.

52 Vgl. aber die auf politische Gründe zurückgehende Blockierung seiner Berufung in den sechziger Jahren, *F. Stengel*, Theologische Fakultäten, 459-461.

53 Vgl. Tonbandabschrift über den Treff mit „Heinz Graf“, 27.1.85, BStU, ASt Rostock, TA 8414, Bl. 215.

54 Vgl. Tonbandabschrift über den Treff mit „Heinz Graf“ am 3.2.84, ebd., Bl. 122.

55 Vgl. Tonbandabschrift über den Treff mit „Heinz Graf“ am 23.12.82, ebd., Bl. 12.

56 „[...] Wir erziehen nicht gesellschaftliche Außenseiter, die ihre Individualitätspflege in einem exquisiten Kreis von Gesinnungsfreunden in der Isolierung eines selbstgeschaffenen Ghettos betreiben. Wir erziehen verantwortungsbewußte Staatsbürger, die bereit sind, am Aufbau unserer Gesellschaft wie jeder andere Bürger mitzuwirken, und die ihren Standort in dieser sozialistischen Gesellschaft auch bei ihrer speziellen beruflichen Tätigkeit bewahren.“ *E.-R. Kiesow*, Wir bilden Studenten für die Gemeinden aus. In: Standpunkt 3 (1975), 323.

Bezirk Rostock berufen,⁵⁷ wofür er intern durchaus positive Zeugnisse von staatlichen Stellen bekam.⁵⁸ Bereits ein Jahr später erregte er aber universitäts- und stasiintern viel Aufsehen, weil er öffentlich sein „Verständnis“ für Studenten äußerte, die sich nicht an der Wahl beteiligten, obgleich er selbst zum Umengang schreiten wolle. Insbesondere die Kandidatur Wendelborns für die Volkskammer lehnte Kiesow ab und kündigte an, ihn von der Einheitsliste zu streichen. Selbst Gespräche des Prorektors für Gesellschaftswissenschaften konnten ihn von seiner Meinung nicht abbringen.⁵⁹ Immerhin wurde Kiesows Äußerung dafür verantwortlich gemacht, daß von 58 Rostocker Studenten zehn nicht zur Wahl gingen.

Unterschiedliche Erscheinungsbilder, die sich schon aus schriftlichen Quellen, nicht erst aus oral-history-Methoden ergeben, zeigen einerseits, daß folgenreiche Fehlurteile entstehen würden, wenn die MfS-Akten nicht zur Korrektur der Quellen nichtgeheimdienstlicher Herkunft vorlägen. Gleichzeitig stellt sich natürlich die Frage, welchen quantitativen und qualitativen Gehalt die Akten *aller* Provenienzen überhaupt haben und wie adäquat die Rolle von Einzelpersonen und Institutionen auch nach Verarbeitung aller zur Verfügung stehenden Quellen dargestellt werden kann. Immerhin besitzen wir keinesfalls zu allen Personen, Zusammenhängen und Vorgängen entsprechendes Aktenmaterial. Schließlich bleibt anzumerken, daß offiziell loyale oder konservative Personen wie die hier Genannten im privateren Raum, beispielsweise gegenüber Studenten, ungeschützt agierten, gelegentlich offensichtlich unerwartete Wirkungen erzielten, zumindest aber in einer kritischeren Distanz verharrten, als im öffentlichen Rahmen von ihnen erwartet und auch erfahren wurde. Nur in bestimmten Fällen besitzen wir Informationen über derartig „privates“ Auftreten.

2.3 Aus dem Kreis der öffentlich weder staatskritisch noch staatsnah hervortretenden Theologen fast aller Sektionen wurden hingegen Kontakte zu den jeweiligen Landeskirchen unterhalten. Professoren gehörten Kirchenleitungen, Synoden, der Generalsynode der VELK und auch der Bundessynode an, ohne daß von ihnen der vom Staat erhoffte politische Einfluß auf

57 Vgl. Tonbandabschrift über den Treff mit „Heinz Graf“ am 6.9.84 (schlecht leserlich), BStU, ASt Rostock, TA 8414, Bl. 176.

58 Vgl. z.B. Schreiben des Rostocker Prorektors für Gesellschaftswissenschaften, Gerhard Heitz, an Engel/MHF, 16.7.85: „Realisierung der Kirchenpolitik an der Universität“, BArch, DR-3, 1215.

59 Vgl. Informationsbericht des Rates des Bezirkes Rostock, Haß, 11.6.86, SAPMO, DY 30 IV/B2/14/70; Sofortinformation der UPL Rostock vom 30.5.86, Mauritz, BStU, ZA, MfS HA XX/4, 655, Bl. 172-174; Tonbandberichte über Treffs mit IMB „Gisela“ (Ines Fleckstein) am 4.6. und 6.6.86, BStU, ASt Rostock, AIM 4164/90, II4, Bl. 388, 392.

die Kirchen ausgegangen wäre. Innerstaatlich wurde dieser Zustand zwar immer wieder bemängelt, aber letztlich hingenommen. Gegen den Vertreter der Leipziger Sektion in der sächsischen Synode, Ernst-Heinz Amberg, ermittelte das MfS sogar in einer Operativen Personenkontrolle (OPK), offenbar aus Unklarheit über dessen politische Rolle.⁶⁰ In nur wenigen Fällen beteiligten sich Sektionstheologen an innerkirchlichen Basisgruppen und zogen dadurch die Aufmerksamkeit des MfS auf sich, so im Falle der OPK „Theomane“ gegen den Hallenser Michael Beintker wegen seiner Mitarbeit in der Forschungsgruppe „Wissenschaftsethik“ beim Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg.⁶¹

Insgesamt läßt sich für den theologischen Lehrkörper – ausgenommen den überwiegend linientreuen in Berlin und Teilen von Leipzig – aber weder eine besondere politische Aktivität in staatsnahe noch in staatskritischem Sinne konstatieren, sondern eher eine allgemeine Loyalität, die in der Öffentlichkeit auch geäußert werden konnte.

3. Die Studentenschaft

3.1 Was läßt sich über Zahl und Zusammensetzung der Studentenschaft in den achtziger Jahren sagen? Zunächst ist seit Ende der siebziger Jahre eine stetig ansteigende Tendenz der Immatrikulationen festzustellen, bis 1984 eine Gesamtstudentenzahl von 550 erreicht wird, die bis zum Ende der DDR etwa konstant bleibt und damit das Niveau des Endes der sechziger Jahre wieder erreicht.⁶² Hauptverantwortlich für diese Entwicklung war die Rücknahme der einstigen Forderung, alle männlichen Studenten, auch die gedienten Bausoldaten, müßten während des Studiums eine militärische Ausbildung mit der Waffe absolvieren. Viele waren in den siebziger Jahren an die Kirchlichen Hochschulen gegangen, um sich dem zu entziehen. Dennoch betrug der Anteil der weiblichen Studenten auch in den Achtzigern noch

etwa 60%, weil die Studenten der Kirchlichen Hochschulen vor dem Studium in der Regel nicht zum Wehrdienst eingezogen wurden.⁶³

3.2 Ein weiterer Grund für den Anstieg der Studentenzahlen lag in der zunehmenden Attraktivität, die Kirche und Theologie für Teile der Jugend in der DDR durch die sich am Anfang der Achtziger ausbreitende Friedens-, Umwelt-, Dritte-Welt- und Bürgerrechtsbewegung⁶⁴ gewannen, die nur im Rahmen und im Raum der Kirche bestehen konnte. Bei dieser Klientel kam es zu einer Verquickung politischer Haltungen und kirchlicher Orientierungen und Motivationen, auch wenn seitens mancher angepaßter Theologen immer wieder der Vorwurf erhoben wurde, politisch-oppositionelle Interessen würden theologisch sozusagen nur ummantelt. „Politische Spiritualität“ ist ein möglicher, wenn auch nicht zu generalisierender Terminus zur Beschreibung dieses Phänomens. Im Kontrast zum politisch gleichgeschalteten Studienbetrieb an den Universitäten insgesamt erschien vielen Studenten das Bild der „christliche[n] Gemeinde als Alternative zur ‚autoritären‘ Staats- und Gesellschaftsform“ der DDR – so Karl-Heinz Bernhardt in einer internen Analyse.⁶⁵ 1985 stellten die ML-Dozenten der Leipziger Sektion fest, daß die Zahl der Studenten zunehme, „die entweder kirchlich bzw. christlich nicht oder wenig vorgeprägt sind, die sich offensichtlich aus pazifistischen oder politisch oppositionellen Gründen für ein Theologiestudium entschieden“ hätten.⁶⁶ Das mußte keineswegs bedeuten, daß diese Studenten nicht den Wunsch hatten, Pfarrer zu werden, aber neben die „traditionelle“ Gruppe von Studierenden traten nun verstärkt solche, die eine explizite politische Motivation mitbrachten und bereits von den oppositionellen Gruppen geprägt waren.

63 Vgl. ebd.

64 Vgl. umfassend E. Neubert, *Opposition*, 335-769. Bei einer Sektionsdirektorenkonferenz am 16.3.88 urteilte Karl-Heinz Bernhardt, bei den Studenten rücke „zunehmend der Bereich der Bürgerrechte ins Zentrum ihres politischen Denkens“, während „die Fragen des Friedenskampfes [...] zurückgedrängt“ seien, vgl. Information Berndt Winklers vom 17.3.88, BArch, DR-3, 1215. Der Rostocker Gert Wendelborn urteilte als IM „Heinz Graf“, man müsse „sich darüber im klaren sein [...], daß die allermeisten Studenten nicht auf einem parteilich-sozialistischen Standpunkt“ stünden, vgl. Tonbandbericht des Treffs am 9.6.87, BStU, ASt Rostock, TA 8414, Bl. 481.

65 Bernhardt an Janott/MHF: „Analyse der gesellschaftspolitischen Situation an der Sektion Theologie“, 28.1.80, BArch, DR-3, 1222. In einem Schreiben an Berndt Winkler/MHF vom 17.6.84 beklagte Bernhardt, daß manche Sektionen wie Rostock und Jena „nicht hinreichend auf die Eignung“ der Studienbewerber für den Pfarrberuf achteten: „Alternative“ seien „kaum geeignet“, vgl. BArch, DR-3, 1218.

66 Vgl. Anlage zum Schreiben des Leipziger Prorektors Hans Piazza an den stellvertretenden Minister im MHF, Gerhard Engel, vom 23.5.85, BStU, ZA, MfS HA XX/4, 655, Bl. 52.

60 Vgl. OPK „Schweiger“, BStU, ASt Leipzig, AOPK 1825/86; BStU, ZA, MfS HA XX/4, 655, Bl. 54-57.

61 Vgl. BStU, ASt Halle, AOPK 769/84.

62 Studenten an allen Sektionen: 1970: 504, 1975: 375, 1980: 436, 1981: 453, 1982: 463, 1983: 498, 1984: 547, vgl. Schreiben Engels/MHF an Klaus Gysi, 15.10.84, BArch, DO-4, 1394. 1984 verteilten sich die Studenten wie folgt: Berlin: 94, Leipzig: 123, Halle: 104, Jena: 107, Rostock: 61, Greifswald: 58. Berlin, 1970 größte Fakultät, nahm nicht zuletzt auf Grund des politischen Profils des größeren Teils seines Lehrkörpers nur noch den vierten Platz ein, hatte aber die größte Anzahl von Professoren und Dozenten.

Der Leipziger IM „Karl Erb“ (Peter Zimmermann) teilte die 1982 neuimmatrikulierten Studenten in drei Gruppen ein: „Ein Drittel sei sehr ‚fromm‘, komme aus pietistischem bzw. evangelikalem Umfeld; das zweite Drittel mache einen ‚blassen Eindruck‘, diese Studenten haben nach Meinung des IM Theologie aus ‚Verlegenheitsgründen‘ gewählt; dem letzten Drittel sehe man [sic!] seine Herkunft aus der kirchlichen ‚offenen Jugendarbeit‘ schon äußerlich an, von diesem Kreis erwartet der IM Probleme im Verlauf des Studiums.“⁶⁷

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß für Studenten, die bereits als Oberschüler oder auf Grund ihrer Herkunft durch mangelnde Anpassungsbereitschaft politisch aufgefallen waren, Theologie die einzige Möglichkeit war, überhaupt ein Hochschulstudium aufzunehmen, davon abgesehen, daß die meisten, gerade geisteswissenschaftlichen Disziplinen in der DDR auf Grund ihrer ideologischen Ausrichtung von vielen überhaupt nicht für ein Studium in Aussicht genommen wurden. So findet sich in der IM-Akte eines Mitarbeiters des Halleschen Bezirksschulrats die Beurteilung eines Oberschülers, der durch „ständige Opposition gegenüber allen (staatlichen) schulischen Maßnahmen“ und seine Affinität zur „sogenannten alternativen Friedensbewegung“ auffiel. Der Schüler sei „ausgesprochen leistungsmäßig, intellektuell befähigt“, und es werde „einiger Anstrengungen bedürfen, ihn das Abitur nicht mit sehr gut machen zu lassen“. Er wolle Theologie studieren, und das sei „wohl die einzige Richtung, die wir nicht unterbinden können“.⁶⁸ Dies ist durchaus ein repräsentativer Fall für die frühzeitige politische Reglementierung von Biographien in der DDR.

Es liegt auf der Hand, daß die Sektionen Theologie ungeachtet ihrer speziellen Ausrichtung eine politisch-kulturelle Nischenfunktion besaßen, die durch die kirchliche und/oder politische Sozialisierung der Studenten mitbestimmt war. Theologie zu studieren war für viele nolens volens bereits eine politische Entscheidung. Die Theologiestudenten fielen so aus dem Rahmen der insgesamt stark angepaßten Studentenschaft an den DDR-Universitäten der siebziger und achtziger Jahre heraus, was nicht nur an ihrer Herkunft, ihrer gewissen „Narrenfreiheit“ und an den weitaus größeren Gefahren lag, denen Studenten anderer Fakultäten im Falle politischer Nonkonformität oder oppositioneller Haltungen ausgesetzt waren, sondern auch an der Auslese, die bereits an den Schulen getroffen wurde.⁶⁹ Auch die

67 Vgl. Anlage zum Treffbericht IMB „Karl Erb“ vom 23.9.82 (Hauptmann Zeitschel), BStU, ASt Leipzig, AIM 8073/92, II2, Bl. 26.

68 Vgl. Notizen und Beurteilungen des IM „Harry“ zu Titus Nagel vom 21.9.84 und undatiert, BStU, ASt Halle, Reg.-Nr. VIII 480/79, Bl. 41 f., 233.

69 Vgl. dazu auch F. Klier, *Lüg Vaterland: Erziehung in der DDR*. München 1990, 161-166.

Wende wurde vom größten Teil der Studentenschaft ja nur passiv mitvollzogen. Große Proteste bis hin zum Hungerstreik gab es erst, als die gleichgeschalteten Fachrichtungen Jura, Wirtschaftswissenschaften, marxistisch-leninistische Philosophie usw. „abgewickelt“ wurden!

3.3 Dennoch exponierten sich auch vereinzelt Theologiestudenten prostaatlich. Sie hatten innerhalb der Studentenschaft aber kaum Gewicht. Meist war ein Leipziger beispielsweise Mitglied des Zentralrats der FDJ. In Berlin hatten Hanfried Müller und Rosemarie Müller-Streisand auch immer ihre Schüler.

Das MfS konnte auch auf studentischer Ebene Erfolge bei der Anwerbung von IM verzeichnen. Die für die Sektionen zuständigen Offiziere mußten sich aber immer wieder eingestehen, daß im Gegensatz zum Lehrkörper die „inoffizielle Basis“ in der Studentenschaft „nicht ausreichend“ sei.⁷⁰ Fanden sich keine IM unter den Studenten, wurden gelegentlich Versuche unternommen, junge Genossen schon auf der Oberschule dafür aufzubauen. Herausragender, womöglich aber nicht einzigartiger Fall ist eine Rostocker Studentin, die mit 18 Jahren vom MfS gleichsam zum Theologiestudium delegiert wurde, sich im Auftrag des MfS taufen ließ, den Auftrag hatte, in Leitungsgremien der ESG und der kirchlichen Opposition zu gelangen, womit sie auch erfolgreich war, und nach Wunsch ihrer Offiziere einmal ein kirchliches oder akademisches Leitungsamt bekleiden sollte.⁷¹ Dennoch: Die

70 Vgl. „Einschätzung“ der BVfS Rostock (Hauptmann Piehl/Major Fiedler) vom 1.7.87, BStU, ZA, MfS HA XX/4, 498, Bl. 37; „Einschätzung“ der BVfS Halle (i.V. Major Jonak) vom 6.8.81, BStU, ASt Halle, XX, 243, Bl. 39; „Einschätzung“ der BVfS Halle (Leutnant Usener, Hauptmann Heinrich, Oberst Gröger) vom 3.7.87, ebd., Bl. 12; „Information“ der BVfS Gera (Major Fränkel, Hauptmann Specht) vom 8.7.87, BStU, ZA, MfS HA XX/4, 654, Bl. 85; „Analyse“ der BVfS Leipzig (Unterschrift unleserlich) vom 29.7.87, BStU, ZA, MfS HA XX/4, 655, Bl. 90 f.

71 Gemeint ist Ines Fleckstein, die als IMB „Gisela“ bzw. IMB „Jörg Sander“ tätig war und selbst von Ehrhart Neubert auf Grund ihrer Zugehörigkeit zur innerkirchlichen Opposition mehrfach erwähnt wird, vgl. E. Neubert, *Opposition*, 704, 718; BStU, ASt Rostock, AIM 4164/90. Vermutlich liegt der Fall Jonas Friedrich (IMB „Wieland“/„Jacobus Fuchs“) an der Halleschen Sektion ganz ähnlich, obgleich keine Akten mehr vorhanden sind (BStU, ASt Halle, Reg.-Nr. XIII 822/77), vgl. etwa einen diese Vermutung erweckenden Bericht „Wielands“ vom 14.6.85, BStU, ZA, MfS HA XX/4, 1598, Bl. 1-6.

Vermutung, das MfS habe die Sektionen Theologie zur umfassenden Anwerbung von künftigen Pfarrern genutzt, bestätigt sich keinesfalls.⁷²

4. Die politischen Konflikte an den Sektionen Theologie

4.1 Die politisch-soziale Herkunft ihrer Studentenschaft, die paradoxe Doppelrolle ihrer Professoren und Dozenten als Kirchenlehrer und/oder Staatsbedienstete und der Ort zwischen Staat und Kirche hatten nicht nur die eigenartige Nischenexistenz der Sektionen Theologie zur Folge, sondern transportierten auch eine ganze Reihe gesellschaftlicher Konflikte direkt in sie hinein, ja: sie dominierten zuweilen den Sektionsalltag geradezu. Das politische Geschehen an den Sektionen Theologie – und das möchte ich als These bewußt herausstellen – glich einem Spiegelbild des Basiskonflikts zwischen oppositionellen Gruppen, Kirchen und Staat in den achtziger Jahren. Das MfS konstatierte 1987 für die Leipziger Sektion, „im politischen Interesse der Studenten“ stünden „vor allem die Themen, wie sie vor allem von kirchlichen Basisgruppen aufgegriffen werden und unterliegen deutlich den dortigen Akzentuierungen“.⁷³ Einerseits wurden die Themen Frieden, Bürgerrechte, Umwelt und Dritte Welt – für die Gruppen die Konfliktbasis – von einem Teil der Studenten fast umgehend in die Sektionen hineingebracht und inszeniert, obgleich nur wenige auch Mitglieder in solchen Gruppen waren,⁷⁴ ja oftmals auch in kritischer Distanz zu den Gruppen selbst und

ihren Exponenten standen. Ausdrücklich als zweiter Bereich ist das Konfliktfeld zu nennen, das auf die originäre Konfrontation christlicher Überzeugungen mit staatlich-ideologischen Forderungen zurückging und die Studentenschaft seit Jahrzehnten gleichsam traditionell in Opposition zum atheistischen Weltanschauungsstaat brachte: Militär, FDJ als „Kampfpreserve“ der atheistischen Partei und Wahlen als immer wiederkehrende Gewissensentscheidung „für“ oder „gegen“. Hier hatte sich seit den fünfziger und sechziger Jahren keine große Änderung in der Konfliktbereitschaft der Studenten vollzogen. Ich möchte diese Konflikte etwas ausführlicher explizieren.

4.1.1 Wahlverweigerung als Ausdruck politischen Protests: Es dürfte in der DDR keine staatliche Institution gegeben haben, die kontinuierlich eine so niedrige Wahlbeteiligung hatte und einen so hohen Anteil von Gegenstimmen auf sich vereinte wie die Sektionen Theologie. Während die Hochschullehrer sich durchweg an den Wahlen beteiligten, verweigerten durchschnittlich 20% der Studenten den Urengang, wobei es allerdings bemerkenswerte Unterschiede zwischen den Sektionen gab. 1986 etwa verteilten sich die Nichtwähler wie folgt: Berlin 15%, Leipzig 12%, Halle 28%, Jena und Rostock 18 %, Greifswald 26%⁷⁵ – diese Angaben unter dem Vorbehalt, daß sogar intern die Zahlen manipuliert wurden.⁷⁶ Kennzeichnend für das außergewöhnliche Wahlverhalten ist auch die Tatsache, daß es 1981 für die Wahl zum Bezirkstag Leipzig an der gesamten Karl-Marx-Universität

75 Vgl. Schreiben Engels/MHF an Bellmann/ZK vom 27.6.86, SAPMO, DY 30 IV/B2/14/141. Die Zahlen für 1979 und 1984: Berlin 29%, 26%; Leipzig 7%, 16%; Halle 29%, 32%; Jena 5%, 3%; Rostock 13%, 22%; Greifswald 15%, 22%. Für 1989 liegen derzeit keine Angaben vor. Lediglich aus Halle und Jena ist bekannt, daß dort die Wahlbeteiligung bei nur 50% lag, vgl. Bericht Oltn. Useners über den Treff mit dem IM „Dr. Krause“ (Heinz Bertholt) vom 29.5.89, BStU, ASt Halle, Reg.-Nr. VIII 942/70, II3, Bl. 295; Bericht Cramers über den Treff mit „Horn“ (Karl Friedrich Freese) am 2.6.89, BStU, ASt Gera, Reg.-Nr. X 243/62, II6 (nicht paginiert). Zum Vergleich die Wahlbeteiligung der Mitarbeiterschaft der evangelischen Landeskirchen: 1976: 72%, 1979: 78,8%, 1981: 76,5%, 1984: 80,3%, 1986: 81,5%, 1989: 71,3%, vgl. nicht unterzeichnetes Dokument „Zu Lage und Tendenzen in den evangelischen Kirchen in der DDR“ (Anlage 2), 16.5.89, SAPMO, DY 30 vorl. SED 41890.

76 Großes Aufsehen gab es 1986 an der Jenaer Sektion, wo Studenten und Professoren einen Wahlbetrug aufdeckten. Der Kirchengeschichtler Joachim Schöffler hatte im Vorfeld intern mitgeteilt, daß 16 Studenten nicht zur Wahl kommen würden. Daraufhin war eine neue Liste ausgegeben worden, auf der eben diese 16 Namen nicht mehr enthalten waren. Als dann von diesen aber dennoch drei erschienen, war die Verwirrung perfekt: obwohl 17 Studenten nicht gewählt hatten, gab es offiziell nur zwei Nichtwähler. Studenten und Professoren waren sich sofort im Klaren über diese Wahlfälschung, vgl. Tonbandabschrift über den Treff mit dem IM „Richard Horn“ am 30.6.86, BStU, ASt Gera, Reg.-Nr. X 243/62, II6 (nicht paginiert); Schreiben Berndt Winklers an Klaus Gysi vom 27.6.86, BArch, DO-4, 1394.

72 Friedrich Schorlemmer hatte 1991 – aus welchen Quellen auch immer schöpfend – vermutet, 25% der Theologiestudenten hätten für das MfS gearbeitet, vgl. „Wir sitzen alle in der Stasi-Falle!“, Pfarrer Friedrich Schorlemmer über Stasi und Kirche in der ehemaligen DDR. In: Die Tageszeitung (taz), Berliner Ausgabe, 7.1.1991. Nur als Beispiel: Die BVfS Rostock hatte 1987 zwei IM unter ca. 60 Studenten, drei im Lehrkörper, die Hallesche BVfS 1981 drei IM im Lehrkörper, in der Studentenschaft zwei bei ca. 90 Studenten, vgl. „Einschätzung“ der BVfS Rostock (Hauptmann Piehl/Major Fiedler) vom 1.7.87, BStU, ZA, MfS HA XX/4, 498, Bl. 37; „Einschätzung“ der BVfS Halle (i. V. Major Jonak) vom 6.8.81, BStU, ASt Halle, XX, 243, Bl. 39. An den anderen Sektionen, von denen momentan keine präzisen Angaben vorliegen, dürfte die Situation nicht gravierend anders gewesen sein.

73 Vgl. Analyse zur Lageeinschätzung an der Sektion Theologie der Karl-Marx-Universität Leipzig (KMU) vom 29.6.87, Oberstleutnant Wallner, BStU, ZA, MfS HA XX/4, 655, Bl. 84.

74 Daneben gab es beispielsweise regelmäßige Treffen der Ausbildungsdezernenten der Landeskirchen mit ihren Studenten, bei denen teilweise ausführlich über die aktuelle kirchenpolitische Lage informiert wurde. Ausdrücklich erwähnen möchte ich aus eigener Erinnerung derartige Zusammenkünfte mit dem Thüringer OKR Ludwig Große, Mitglied der Thüringer und der Bundessynode, der sich für solche detaillierten Auskünfte viel Zeit nahm.

87 Gegenstimmen gab, auf die Theologiestudenten entfielen dabei 42.⁷⁷ IM an den Sektionen gaben die Namen der Nichtwähler dem MfS bekannt,⁷⁸ auch wenn wegen einer Nichtwahl niemand behelligt wurde. Staat und Partei hatten sich längst damit abgefunden, daß die Theologen so ganz aus dem normalen Wahlverhalten der DDR-Bevölkerung herausfielen, zuweilen vermitteln interne Analysen sogar eine gewisse Dankbarkeit, daß der Nichtwähler- und Gegenstimmenanteil nicht noch höher lag.⁷⁹

4.1.2 Konflikte um die militärischen Elemente innerhalb des Studiums wurden offen ausgetragen und führten regelmäßig zu Konfrontationen zwischen Hochschullehrern, Studenten und staatlichen Stellen. Seit den fünfziger Jahren hatten sich die Theologen durch Verweigerungen und Sonderregelungen hervorgetan.⁸⁰ Vor allem die Entstehung der kirchlichen Friedensgruppen und die staatliche Kampagne gegen „Schwerter zu Pflugscharen“ brachten es mit sich, daß Pazifismus, Wehrdienst, Wehrersatzdienst, Sozialer Friedensdienst, Wehrdienstverweigerung, Wehrunterricht an den Schulen, Kriegsspielzeug eine „entscheidende Rolle“ bei den politischen Aktivitäten in den achtziger Jahren spielten.⁸¹ Immerhin hatte ein erheblicher Teil der Studenten als Bausoldaten gedient und war nun im normalen Universitätsbetrieb militärischen Forderungen im Rahmen von ZV-Ausbildung und Studentensport ausgesetzt. Ein Überblick über die studentischen Auseinandersetzungen mit dem Problem Militär/Frieden zeigt die Kontinuität dieses Konfliktfelds im Alltag der Achtziger: 1980 verweigern vier Hallesche

77 Vgl. Anlage zum Treffbericht IMB „Karl Erb“ vom 17.6.81 (Hauptmann Zeitschel), BStU, ASt Leipzig, AIM 8073/92, III, Bl. 203.

78 Vgl. z.B. „Hagen Trinks“ (Dittmar Rostig, 26.6.81), BStU, ASt Leipzig, AIM 759/89, II2, Bl. 148; „Werner“ (Kurt Meier, 14.7.81, 30.8.86), BStU, ASt Leipzig, AIM 3435/92, II2, Bl. 152, 355; „Helmut“ (Helmut Fritzsche, 12.5.84), BStU, ASt Rostock, AIM 440/90, III, Bl. 197.

79 So Bemdt Winkler an Klaus Gysi am 27.6.86 (Nichtwähleranteil 22%): „Generell kann eingeschätzt werden, daß die Hochschullehrer [...] im engen Kontakt mit den Universitätsleitungen zur Absicherung der Wahlergebnisse beigetragen haben.“ BArch, DO-4, 1394. Der Hallesche Sektionsdirektor Helmut Obst gab angesichts der nur bei 50% liegenden Wahlbeteiligung seiner Studenten die „Orientierung der Universität“ im Sektionsrat bekannt: „Demnach soll nicht groß darüber gesprochen werden oder dieser Fakt ausgewertet werden.“ Bericht Oltn. Useners über den Treff mit dem IM „Dr. Krause“ vom 29.5.89, BStU, ASt Halle, Reg.-Nr. VIII 942/70, II3, Bl. 295.

80 Vgl. F. Stengel, Theologische Fakultäten, 522-534, 661-669.

81 So die Themenliste in einer „Einschätzung der politisch-ideologischen und politisch-operativen Situation“ der Halleschen Sektion durch die dortige BVfS vom 6.8.1981, BStU, ASt Halle, XX, 243, Bl. 14.

Studenten die Teilnahme am Wehrsport.⁸² Ein Jahr später wird von Greifswalder Studenten eine Eingabe an die Synode beraten, um einen Sozialen Friedensdienst (SOFD) in der DDR zu fordern.⁸³ In Leipzig lassen sich 1981 und 1982 jeweils zwei Studenten exmatrikulieren, weil sie nicht zur Teilnahme am ZV-Lager bereit sind.⁸⁴ In Rostock wird 1982 in Zusammenarbeit zwischen MfS und Sektionsleitung die Reimmatrikulation eines Studenten verhindert, der Mitgründer des oppositionellen Kessiner Friedenskreises gewesen war, obwohl sich sogar der mecklenburgische Landesbischof Rathke für sein Weiterstudium ausgesprochen hatte.⁸⁵ Im Frühjahr 1983 weigern sich mehrere Greifswalder Studenten, militärische Disziplinen wie Handgranatenwurf im Rahmen des Sportunterrichts zu absolvieren, ein Jahr zuvor hatten sich zwei Studenten, darunter der Sohn des Systematikers Hellmut Bandt, exmatrikulieren lassen, weil sie nicht zur Ableistung des ZV-Lagers bereit waren.⁸⁶ Der Prorektor der Universität hatte den Eindruck, „einige Studenten“ seien „daran interessiert, eine Konfrontation zwischen Staat und Kirche bzw. zwischen unterschiedlichen Richtungen innerhalb der Kirche herauszufordern“.⁸⁷ Im Herbst 1983 wird ein Rostocker Student wegen seines

82 Berichte über Treffs mit dem GMS „Kurt“ am 28.11.80, 4.2.81 und am 10.6.81, BStU, ASt Halle, AGMS 1447/83, Bl. 168-171, 176, 198; Information der BVfS Halle (Oberstleutnant Otto) vom 19.11.80, BStU, ZA, MfS HA XX/4, 654, Bl. 179 f.; Information des IM „Frieder Berg“ vom 8.12.80, BStU, ASt Halle, AIM 3176/89, III, Bl. 11; Informationen der BVfS Halle vom 15.1.81 und 14.11.80, BStU, ASt Halle, XX, 243, 7-11; Bericht über den Treff mit IMB „Cäsar“ (Volker Bomm), 20.3.81, BStU, ASt Leipzig, Reg.-Nr. XIII 163/75, II2, Bl. 205 f.

83 Vgl. Schreiben des Greifswalder Prorektors Bethke an Engel/MHF, 8.12.81, BArch, DR-3, 1221. Nach Bethkes Schreiben wurde diese Initiative maßgeblich vom Sohn des Greifswalder Bischofs Horst Giencke verhindert.

84 Bericht über den Treff mit IM „Hagen Trinks“ am 23.6.81, BStU, ASt Leipzig, AIM 759/89, II2, Bl. 149; Treffbericht IM „Werner“ vom 14.7.81, BStU, ASt Leipzig, AIM 3435/92, II2, Bl. 152; Operativ-Information der BVfS Leipzig vom 10.1.84, BStU, ZA, MfS HA XX/4, 655, Bl. 31.

85 Vgl. auch E. Neubert, Opposition, 465; vgl. Leiterinformationen Major Krulls vom 27. und 31.8.82, Bericht über den Treff mit „Helmut“ am 2.9.82, BStU, ASt Rostock, AIM 440/90, III, Bl. 70-72, 75. „Helmut“ sagte auch zu, dem betreffenden Studenten kein Empfehlungsschreiben für eine Kirchliche Hochschule auszustellen und verweigerte sich damit einem entsprechend Wunsch Rathkes.

86 Vgl. Telegramm des Greifswalder Prorektors an Engel/MHF, 23.3.83, BArch, DR-3, 1227; Aktennotiz über eine Aussprache mit Studenten am 30.3.83, BArch, DR-3, 1221; Aktenvermerke des Rektorats über Gespräche des Rektors mit Sektionsdirektor Zobel am 5.4.83 und 11.5.83, ebd.; Einzelinformation der KD Greifswald vom 13.7.83, basierend auf einem Bericht des IMB „Nikolaus“, BStU, ZA, MfS HA XX/4, 655, Bl. 253-255.

87 Vgl. Telegramm des Greifswalder Prorektors für Gesellschaftswissenschaften an Engel/MHF vom 23.3.83, BArch, DR-3, 1227.

„negativen“ Verhaltens während der ZV-Ausbildung exmatrikuliert,⁸⁸ im Frühjahr eine Berliner Studentin.⁸⁹ Im Herbst 1984 kommt es zu einem Eklat im ZV-Lager Templin, in dessen Folge fünf Hallesche Studenten exmatrikuliert werden.⁹⁰ Im Dezember 1984 wenden sich neun Hallesche Theologiestudentinnen in einer Eingabe an den Thüringer OKR Hartmut Mitzenheim, zugleich Volkskammerabgeordneter, gegen die Einbeziehung von Frauen in die allgemeine Wehrpflicht.⁹¹ 1986 und 1988 schreiben Hallesche Studenten Eingaben an das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen und protestieren gegen militärische Elemente des ZV-Lagers,⁹² 1987 verfassen zwölf Berliner⁹³ und elf Jenaer⁹⁴ ein solches Dokument. 1988 wird ein Leipziger Student „nach angekündigter Verweigerung der ZV-Ausbildung“ exmatrikuliert.⁹⁵

4.1.3 Die Bemühungen von Staat und Partei, die FDJ an den Sektionen zu installieren, waren so alt wie die DDR.⁹⁶ Erst im Zuge der 3. Hochschulreform wurde die FDJ als einzige akzeptierte Studentenvertretung auch an den Sektionen verbindlich gemacht, und zwar so, daß eine Umwandlung der Fakultäten in Sektionen sozusagen von der Existenz von FDJ-Gruppen ab-

88 Bericht über den Treff mit IM „Helmuth“ am 13.10.83, BStU, ASt Rostock, AIM 440/90, III, Bl. 127. Offiziell begründet wurde diese Exmatrikulation allerdings mit der unbefugten Benutzung einer verbilligten Eisenbahnfahrkarte und einem Handgemenge mit der Transportpolizei bei der Kontrolle. Solidarisierungen anderer Studenten sollten so vermieden werden.

89 Vgl. Notiz Berndt Winklers vom 16.5.83, BArch, DR-3, 1227; *D. Linke*, Theologiestudenten, 338-340.

90 Vgl. Operative Informationen der BVfS Halle vom 26.10.84 und 4.7.85, BStU, ZA, MfS HA XX/4, 654, Bl. 225 f., 232 f.; Tonbandabschriften zu Treffberichten „Dr. Krause“ vom 13.11. und 29.11.84 und 23.1.85, BStU, ASt Halle, Reg.-Nr. VIII 942/70, II3, Bl. 206-209, 215, 227; Bericht über den Treff mit „Prof. Baum“ vom 31.5.85, BStU, ASt Halle, AIM 3452/89, III, Bl. 330 f.

91 Vgl. Schreiben Voigts/RdB Halle an Wilke/SfK vom 6.12. und 10.12.84, sowie genannte Eingabe, BArch, DO-4, 762.

92 Vgl. Treffberichte „Dr. Krause“, 23.12.86 und 21.12.88, BStU, ASt Halle, Reg.-Nr. VIII 942/70, II4, Bl. 20, 267; Treffbericht „Prof. Baum“, 14.1.87, BStU, ASt Halle, AIM 3452/89, III, Bl. 391.

93 Vgl. Schreiben Carl-Jürgen Kaltenboms an Prorektor Keitel, 24.2.87, Informationen der BVfS Berlin vom 3.4.87 und 3.7.87, BStU, ZA, MfS HA XX/4, 312, Bl. 160 f., 171-175, 184-186.

94 Vgl. Information Oberst Seidels vom 17.3.88, BArch, DR-3, 1215.

95 Vgl. Information der BVfS Leipzig vom 6.6.88, BStU, ZA, MfS HA XX/4, 655, Bl. 67. Vgl. zu der offiziellen Begründung dieses Falls unten 4.3.5.

96 Vgl. *F. Stengel*, Theologische Fakultäten, 203-206, 517-522, 660 f.

hängig gemacht wurde. Formal entstanden nun überall Gruppen, obwohl nur ein Teil der Studenten auch Mitglied war. Allerdings wurde deren Arbeit kaum beachtet und hatte politisch keine Bedeutung in der Studentenschaft.⁹⁷ Viele Studenten traten nach Studienbeginn aus oder blieben passive Mitglieder, weil kaum vorstellbar war, daß man als Theologe jemals „Kampfreserve“ einer marxistisch-leninistischen Partei sein könne.⁹⁸ Darüber hinaus gab es immer wieder Versuche, neben der FDJ eigene, unabhängige Studentenvertretungen zu installieren oder die FDJ ganz zu verdrängen. 1980 legte ein Berliner Student sein Mandat in der FDJ-Gruppe nieder und versuchte, für die Nicht-FDJler eine eigene Vertretung zu gründen.⁹⁹ 1984 versuchten Leipziger Studenten, neben der FDJ-Vertretung studentische Mitglieder in den Sektionsrat hineinzubringen.¹⁰⁰ 1985 gab es in Rostock Ansätze zur Gründung eines unabhängigen Studentenrates, der zunächst eine Vertreterin im Sektionsrat hatte.¹⁰¹ 1987 und 1988 lehnte es die Mehrheit der Studentenschaft in Greifswald und Halle ab, eine FDJ-Leitung zu wählen, in Halle wurde sogleich mit der Bildung einer unabhängigen Studentenvertretung begonnen.¹⁰² 1987 gab es entsprechende Aktivitäten der Berliner Studenten.¹⁰³ Nicht zuletzt ist darauf hinzuweisen, daß die Bestrebungen der Theologiestudenten universitätsweit einzigartig und wesentliches Fundament dafür waren, daß an vielen universitätsweiten Studentenräten, die sich im Zuge der Wende im Herbst 1989 bildeten, Theologen nicht nur beteiligt, sondern auch federführend waren. Dies war gerade angesichts mancherorts zu beobachtender Absichten von FDJ- und SED-Kreisen, sich in den neuen

97 1987 waren etwa 50% der Berliner Studenten Mitglied der FDJ, fünf davon wurden von der Kreisleitung (KL) der Universität als aktiv bezeichnet, vgl. Schreiben der KL vom 8.12.87, BArch, DO-4, 1025.

98 Vgl. etwa „Einschätzung“ der BVfS Halle zur dortigen Sektion, 6.8.81, BStU, ASt Halle, XX, 243, Bl. 15.

99 Vgl. Winkler/MHF an Böhme/MHF, 6.12.80, BArch, DR-3, 1222.

100 Vgl. Bericht Mielleck zum Treff mit „Werner“, 1.2.84, BStU, ASt Leipzig, AIM 3435/92, II2, Bl. 204.

101 Vgl. Information der IMB „Gisela“, BStU, ASt Rostock, AIM 4164/90, II4, Bl. 280; Bericht Hauptmann Fiedlers über einen Treff mit „Helmuth“ am 31.3.86, BStU, ASt Rostock, AIM 440/90, II2, Bl. 5.

102 Vgl. Bericht über den Treff mit „Dr. Krause“ am 29.1.88, BStU, ASt Halle, Reg.-Nr. VIII 942/70, II3, Bl. 115 f. Nach „Krauses“ Bericht scheiterte in Greifswald die Wahl eines FDJ-Sekretärs, so daß von der Kreisleitung der FDJ ein Sekretär eingesetzt wurde. Zur Gesamtsituation um die Bildung einer unabhängigen Studentenvertretung in Halle vgl. den OV „Allianz“, BStU, ASt Halle, AOP 3125/89.

103 Vgl. Schreiben der Kreisleitung der FDJ an der Humboldt-Universität, 8.12.87, BArch, DO-4, 1025.

Strukturen Machtpositionen zu sichern, von Bedeutung.¹⁰⁴ Den Sektions- und Universitätsleitungen gelang es zwar, FDJ-Gruppen wenigstens formal aufrechtzuerhalten, aber die von den Studenten um die FDJ heraufbeschworbenen Konflikte standen für den kontinuierlichen Protest gegen diese Form der institutionalisierten Einheitsstruktur.

4.1.4 Wenigstens erwähnt werden soll die Rolle des dreieinhalb Jahre dauernden marxistisch-leninistischen Studiums (ML), das mit vier Wochenstunden eine erhebliche Belastung für den Studienablauf darstellte. Es kann aber keine Rede davon sein, daß ML inhaltlich in das Theologiestudium integriert gewesen wäre. Vielmehr wurden die Seminare oft für politische Auseinandersetzungen genutzt, in denen Studenten gesellschaftspolitische Konfliktfelder zur Sprache brachten.

4.1.5 Diese Konfliktfelder waren durchweg von den Themen der kirchlichen Basisgruppen geprägt und riefen auch konkrete studentische Aktivitäten hervor. Gleichsam zu einem Ritus hatte es sich in den achtziger Jahren entwickelt, Eingaben und Protestschreiben zu verfassen und in den Vorlesungen zur Unterschrift herumzureichen. Diese Dokumente waren keinesfalls immer in einem moderaten Ton gehalten, sondern eher von einem Protest-, als von einem Petitionsimpetus getragen. Es ist fast chronologisch zu verfolgen: kirchenpolitische Konfrontationen, außen- und innenpolitische Ereignisse oder die DDR-Politik in den Bereichen Umwelt, Bürgerrechte und Frieden fanden immer irgendwo in der Studentenschaft ihren Niederschlag in Eingaben oder auch nur Diskussionen, die oft aktenkundig sind. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ist eine zunehmende „Eingabentätigkeit“ – so der Parteijargon – festzustellen. Die Ereignisse um Afghanistan und Polen Anfang der Achtziger wurden diskutiert, die bewegende Debatte um einen SOFD¹⁰⁵ und um die kirchliche Massenbewegung „Schwerter zu Pflug-

104 In Halle war beispielsweise der erste Vorsitzende des Studentenrates ein Theologe, der im Herbst 1989 von der theologischen Studentenschaft und innerhalb des ersten Studentenrates zum Vorsitzenden gewählt wurde. Vgl. auch Treffbericht des Leipziger IM „Dieter Klemm“ (ML-Dozent Siegfried Knopfe) vom 3.11.89, BStU, ASt Leipzig, AIM 309/90, II2, Bl. 51; zur Berliner Situation vgl. „Stimmungsbericht“ der HVA des MfS vom 14.10.89, Vermerk der HA XX/4 vom 20.10.89, BStU, ZA, MfS HA XX/4, 312, Bl. 237-239.

105 Vgl. z.B. Tonbandabschrift Köhlers über den Treff mit „Richard Horn“ am 2.12.81, BStU, ASt Gera, Reg.-Nr. X 243/62, II5, Bl. 84 (MfS-Zählung).

scharen“ ab 1981¹⁰⁶ folgte. 1982 kam es in Greifswald zu Problemen, weil Theologiestudenten beim traditionellen Pfingsttreffen der FDJ Plakate mit den Losungen „Frieden schaffen gegen alle Waffen“ und „Unsere Kinder bekommen kein Kriegsspielzeug“ bei sich trugen.¹⁰⁷ 1983 diskutierten Jenaer Theologie- mit Jurastudenten, brachten ihre deutliche Ablehnung gegenüber der einseitigen Friedenspolitik der DDR zum Ausdruck und forderten, ein eigenständiges kirchliches Friedensengagement zuzulassen.¹⁰⁸ Für sie als Theologen könne es „nichts Gemeinsames mit Marxisten geben“.¹⁰⁹ In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurden verstärkt kirchen- und innenpolitische Bewegungen und Konfrontationen an den Sektionen rezipiert. 1988 wurden die normalerweise von der FDJ konzipierten Studententage in Halle durch Vertreter der unabhängigen Studentenvertretung vorbereitet und dem „Arbeitskreis Solidarische Kirche“ (AKSK) gewidmet.¹¹⁰ Oppositionelle Vertreter des AKSK konnten in diesem Rahmen an der Sektion referieren. Die Verschärfung der kirchen- und gruppenpolitischen Situation um die Besetzung der Umweltbibliothek und die Verhaftungen und Abschiebungen im Umfeld der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration in Berlin 1987/88 wurden von den Studenten mit Protestschreiben quittiert. Vereinzelt hatten sich Studenten auch an der genannten Demonstration beteiligt. 37 Berliner Studenten protestierten in einem nicht mehr als „Eingabe“, sondern schärfer und durchaus nicht mehr dialogbereit als „Stellungnahme“ bezeichneten Schreiben an den Generalstaatsanwalt gegen die Besetzung und Durchsuchung der Umweltbibliothek.¹¹¹ Über 40 Jenaer Studenten folgten mit einem

106 Vgl. E. Neubert, Opposition, 398-404. Zu Reaktionen an den Sektionen: Treffbericht „Frieder Berg“, 22.4.82, BStU, ASt Halle, AIM 3176/89, III, Bl. 69. Vgl. neuerdings A. Silomon: „Schwerter zu Pflugscharen“ und die DDR: die Friedensarbeit der evangelischen Kirchen in der DDR im Rahmen der Friedensdekaden 1980 bis 1982. Göttingen 1999.

107 Vgl. Tonbandabschriften über Treffs mit dem IM „Heinrich Schade“ (CDU-Kreisvorsitzender Manfred Bertling) am 2. und 9.6. und 2.7.82, BStU, ASt Berlin 8199/91, III3, Bl. 228-232, 236 f., 247.

108 Vgl. Telegramm der BVfS Gera vom 5.12.83, BStU, ZA, MfS HA XX/4, 654, Bl. 46-49.

109 Der Empfänger des Telegramms in der HA XX/4 kommentierte diese Aussage mit der Feststellung: „dann haben diese Personen an einer sozial. staatl. Bildungsstätte nichts zu suchen!“

110 Vgl. Tonbandabschrift zum Treff mit „Jacobus Fuchs“ am 28.1.88, BStU, ASt Halle, AOP 3125/89, Bl. 66 f. u. ö. im OV „Allianz“. Zum „Arbeitskreis Solidarische Kirche“ vgl. E. Neubert, Opposition, 620-622.

111 Vgl. Schreiben Hannes Hörnigs/Leiter der Abt. Wissenschaften des ZK an Kurt Hager, 30.11.87, SAPMO, DY 30 vorl. SED 138652.

Protestschreiben an Staatssekretär Gysi.¹¹² Im Februar 1988 riefen 19 Berliner Studenten in einem Offenen Brief zum gesellschaftlichen Dialog angesichts der sich immer mehr verschärfenden politischen Lage der Gesellschaft auf – angeregt durch das „Vorgehen gegen Vertreter von Friedens- und Menschenrechtsgruppen“.¹¹³ Für den Berliner Rektor stand nach einem Gespräch mit den Unterzeichnern „außer Frage, daß es diesen Studenten im Grunde um eine ‚andere‘ Gesellschaft und nicht um die Weiterentwicklung im Sinne der Politik der Partei“ ging.¹¹⁴ Anlässe für weitere Aktivitäten boten sich 1988 und 1989 zuhauf. Die Studenten verfaßten Eingaben gegen die spektakuläre Verleihung des Karl-Marx-Ordens an Nicolae Ceaucescu, gegen das Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“,¹¹⁵ gegen Wahlsystem und Wahlbetrug 1989,¹¹⁶ gegen die Haltung der DDR zum Massaker auf dem Platz des himmlischen Friedens in Peking¹¹⁷ und schließlich gegen staatliche Ausschreitungen und für politische Reformen im Herbst 1989. Zu dieser Zeit gab es Schreiben von fast allen Sektionen,¹¹⁸ in Berlin auch von einigen Hochschullehrern mitunterzeichnet,¹¹⁹ die Halleschen Hochschullehrer verfaßten als einzige ein eigenes Schreiben.¹²⁰ Über die Jahre hinweg wurde eine kritische Sensibilität für politische Vorgänge unter den Studenten wachgehalten, die nicht nur im Passiven verblieb, sondern bewußt den Affront mit dem Staat suchte. Der Wechsel der Bezeichnung der Eingaben in „Stellungnahmen“ zeigt außerdem, daß es nicht mehr um einen Dialog mit der Aus-

112 Vgl. Schreiben von Jenaer Studenten vom 1.12.87, BArch, DR-3, 1221; Bericht Cramers über eine Information des IM „Horn“ (16.12.87), der auch die Namen der Initiatoren nannte, die gleichzeitig am „Kirchentag von unten“ teilgenommen hatten, BStU, ASt Gera, Reg.-Nr. X 243/62, II6 (nicht paginiert).

113 Vgl. Offener Brief, Februar 1988, BArch, DR-3, 1222.

114 Vgl. Information Rektor Kleins vom 16.3.88, BStU, ZA, MfS HA XX/4, 312, Bl. 207.

115 In Jena unterschrieben 80 Studenten eine Eingabe gegen Sputnikverbot und Ordensverleihung, vgl. Treffbericht „Horn“ vom 24.11.88, BStU, ASt Gera, Reg.-Nr. X 243/62, II6 (nicht paginiert).

116 30 Hallesche Studenten unterzeichneten eine solche Eingabe, vgl. Bericht Oberst Grögers vom 5.5.89, BStU, ASt Halle, AOP 3125/89, Bl. 346, Übersicht über alle Eingaben der Hallenser seit 1988, ebd., 355 f.

117 Vgl. z. B. Schreiben der FDJ-Organisation und von „Studentinnen und Studenten“ der Berliner Sektion an das ZK der SED vom 12.6.89, BStU, ZA, MfS HA XX/4, 312, Bl. 227 f.; „Protest“ von 31 Berliner Studenten „gegen Massaker an Demonstranten in Peking“, 5.6.89, gerichtet an den chinesischen Botschafter, ebd., Bl. 231 f.

118 Vgl. Rostocker Studentenschaft an Staatssekretär Löffler, 21.9.89, BArch, DO-4, 1023.

119 Vgl. Berliner „Offener Brief“, mitunterzeichnet von Hans-Hinrich Jenssen und Hans-Martin Schenke (andere Unterschriften unleserlich), 9.10.89, BArch, DR-3, 1222.

120 Vgl. Schreiben Obsts an den Rektor, an Engel/MHF, des Lehrkörpers an den Rektor, „Stellungnahme“ der Studentenschaft, 11.10.89, BArch, DR-3, 1222.

sicht auf Lösungen und die Beibehaltung des vom Staat beschworenen „Einvernehmens“ zwischen Christen und Marxisten ging, sondern um grundsätzliche Nichteinverständniserklärungen mit der gesellschaftspolitischen Lage der DDR. Diese Übersicht über die politischen Konflikte zeigt aber auch – und das muß deutlich unterstrichen werden: Die Initiatoren waren wenige, oft Einzelpersonen, die Resonanz in der Studentenschaft, besonders aber die Aufmerksamkeit des MfS erregten.

4.2 Wie aber reagierten die Hochschullehrer auf die Aktivitäten der Studenten? Sie waren meist nicht ihre Zielpersonen, wurden aber als Angehörige der staatlichen Universitäten angehalten, die politische Linie durchzusetzen, mißliebige Personen zu disziplinieren und die „ideologische“ Lage an den Sektionen ruhig zu halten. Jeder Eingabe, jedem Konflikt folgten ja Versammlungen, Aussprachen, zu denen die Sektions- von den Universitätsleitungen aufgefordert wurden, für weniger staatsnahe Theologen oft schwierige Situationen, da sie nun manchmal Haltungen einnehmen mußten, die nicht den ihren entsprachen und taktierendes Geschick erforderten. Die Konfliktfelder sind benannt, wie sah es mit den Konfliktbewältigungsstrategien aus? Ich möchte versuchen, einige solcher Strategien typologisierend zu benennen und an Einzelfällen zu illustrieren.

4.2.1 Normverstöße, Nonkonformitäten oder oppositionelles Verhalten wurde vom Großteil der Hochschullehrer mit *Ignorieren* bedacht, solange staatliche Stellen nicht informiert waren und zum aktiven Eingreifen aufforderten.

1982 wurde in der Halleschen Sektion die Anweisung der Universitätsleitung, daß das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ nicht mehr getragen werden dürfe, zwar ausgegangen, die Sektionsleitung führte aber keine – so ein IM-Bericht – „ideologische Auseinandersetzung“. Daß einige Studenten den Aufnäher dennoch trugen, wurde vom Lehrkörper nicht „zur Notiz“ genommen.¹²¹

4.2.2 In einzelnen Fällen – und zwar dann, wenn Hochschullehrer sich gegenüber staatlichen Anordnungen im Recht fühlten – konnten sie sich mit studentischen Aktivitäten auch offen *solidarisieren*.

Greifswalder Studenten waren von der Universitätsleitung 1982 aufgefordert worden, sich mit eigenen Transparenten am Pfingsttreffen der FDJ zu

121 Vgl. Bericht zu einer mündlichen Information „Frieder Bergs“, 22.4.82, BStU, ASt Halle, AIM 3176/89, III, Bl. 69.

beteiligen. Als sie mit Aufschriften „Frieden schaffen gegen alle Waffen“ und gegen Kriegsspielzeug mitmarschieren wollten, wurde Sektionsdirektor Zobel aufgefordert, dies zu unterbinden. Zobel und Hans-Günter Leder verließen daraufhin mit den Studenten zusammen die Veranstaltung.¹²² Als die Nachricht über das Verbot von „Schwerter zu Pflugscharen“ Jena erreichte, erklärte Klaus-Peter Hertzsch, Sohn des Religiösen Sozialisten Erich Hertzsch, dem ML-Dozenten seine tiefe Betroffenheit, daß dieses Symbol nun als „verfassungsfeindlich“ eingestuft worden sei, wo doch sein Vater „Zeit seines Lebens“ dafür gearbeitet habe. Er war von der Gegenargumentation nicht zu überzeugen, befürchtete, daß die Jenaer Sektion aufgelöst werden könnte und erwog, daß sein Vater auf die staatliche Ehrung zu seinem 80. Geburtstag verzichten würde.¹²³

4.2.3 War den Universitätsleitungen die Inszenierung eines Konflikts einmal bekannt geworden und war ein gewisser Verhandlungsspielraum vorhanden, wurde vom Lehrkörper versucht, die Vorfälle zu *bagatellisieren*. Oppositionelle Handlungen wurden auf die Ebene jugendlicher Überspanntheit oder emotionaler Unkontrolliertheit gebracht. Einerseits sollten die betreffenden Studenten dadurch geschützt und der Konflikt entschärft werden, andererseits entsprach diese Vorgehensweise der paternalistischen Struktur der diktatorischen Gesellschaft, in der Nonkonformismus nicht nur bekämpft, sondern auch nicht ernst genommen oder belächelt, *infantilisiert* werden konnte. Auf die Studenten wirkte diese DDR-typische paternalistische Struktur auch dadurch, daß ihnen im Falle politischen Protests die *Kompetenz bestritten* werden konnte, weil ihnen der Überblick über die politische Lage fehle. Sie wurden auf diese Weise für unmündig erklärt. Gerade hier wird die Verschiedenheit der Perspektive deutlich: Während die einen ihren „Realismus“ als dauerhafte Anpassungsstruktur ausgebaut hatten und jede Konfrontation vermeiden wollten, ging es den anderen gerade um die Offenlegung der den Konflikt begründenden gesellschaftlichen Lage.

Der Hallesche Neutestamentler Traugott Holtz 1981 lehnte die innerkirchlich von vielen unterstützte Initiative für einen Sozialen Friedensdienst (SOFD) kategorisch als nicht der „konkreten gesellschaftlichen Situation“ entsprechend ab.¹²⁴ Als sich ein Jahr zuvor vier Studenten in Halle mit

122 Vgl. Tonbandabschriften über Treffs mit dem IM „Heinrich Schade“ am 2. und 9.6. und 2.7.82, BStU, ASt Berlin 8199/91, II3, Bl. 228-232, 236 f., 247.

123 Vgl. Bericht Köhlers über einen Treff mit „Horn“ am 16.3.82, BStU, ASt Gera, Reg.-Nr. X 243/62, II5, Bl. 216-218.

124 Vgl. Gesprächsvermerk Voigts/RdB Halle vom 19.3.81, BStU, ASt Halle, AIM 3452/89, II, Bl. 117.

schriftlichen Erklärungen geweigert hatten, den Tag des Wehrsports zu absolvieren und von staatlicher Seite die Exmatrikulation erwogen wurde, brachten die Mitglieder des Sektionsrates als Erklärungsmöglichkeiten vor, es handele sich um „studentische Dummheit“ und es stehe keine „polit. Absicht“ dahinter.¹²⁵ Vom Prorektor darum gebeten, die Motive der Studenten zu charakterisieren, die sich 1983 weigerten, an militärischen Übungen im Rahmen des Sportunterrichts in Greifswald teilzunehmen, bezeichnete der dortige Sektionsdirektor Zobel einen Studenten als „Hitzkopf“, mit dem „gearbeitet werden müsse“.¹²⁶

4.2.4 Wenn Studenten eindeutige Festlegungen oder Gesetze verletzt hatten, die auch die Hochschullehrer nicht aushebeln konnten, wurde durch *Reglementieren* versucht, die Normverletzer zu disziplinieren. Beispielsweise mußten alle Studenten bei Studienbeginn eine sogenannte Verpflichtungserklärung unterschreiben, die auch die Bereitschaft zur Ableistung der ZV-Ausbildung enthielt. Weigerten sich später Studenten, am ZV-Lager teilzunehmen, weil sie, wie es in manchen Begründungen zu finden ist, in der Zwischenzeit zu anderen Auffassungen gelangt waren, hatten sie mit einer Unterstützung durch den Lehrkörper nicht mehr zu rechnen. Ihnen gegenüber wurde auf die Unrechtmäßigkeit der Rücknahme ihrer einstigen Zusage hingewiesen.

4.2.5 Sahen sich Studenten auf der Basis christlich-spirituelle Überzeugungen legitimiert, politische Konflikte vom Zaun zu brechen, mußten sie auch damit rechnen, daß diese Basis von Hochschullehrern angezweifelt und mit anderen theologischen Modellen beantwortet wurde. Das *Theologisieren* von Konflikten ließ sich beispielsweise auf dem Themengebiet Militär/Frieden beobachten, wo Studenten christlich motiviert einen Pazifismus vertraten, der zur Konfrontation mit dem Staat führen mußte. Manche Hochschullehrer, keineswegs nur sozialismus- und staatsnahe, setzten diesem Pazifismus ihre Auffassung der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre entgegen, begründeten die Notwendigkeit von Armeen und nahmen den – theologisch weniger fundierten – Studenten ihre Überzeugungsbasis.¹²⁷ Derartige theologische Modelle – sie waren und sind auch in den Kirchen weit verbreitet – kamen dem Staat entgegen, was sich in entsprechenden internen Kommen-

125 Vgl. Bericht des GMS „Kurt“ vom 28.11.80, BStU, ASt Halle, AGMS 1447/83, Bl. 169; vgl. auch Bericht Hauptmann Hoffmanns über einen Treff mit „Cäsar“ am 20.3.81, BStU, ASt Leipzig, Reg.-Nr. XIII 163/75, II2, Bl. 205 f.

126 Vgl. Aktennotiz Prorektor Bethkes vom 12.5.83, BArch, DR-3, 1221.

127 Vgl. etwa Karl-Heinz Bernhardt in: *D. Linke*, Theologiestudenten, 433.

taren oftmals zeigt.¹²⁸ Sie konservierten das Bestehende nicht nur, sondern bestritten darüber hinaus „andersdenkenden“ Theologen das Recht, in konfliktträchtigen Punkten – theologisch gesprochen – die Eigengesetzlichkeit der Welt nicht zu akzeptieren. Selbst die Barmer Theologische Erklärung konnte von SED-nahen Theologen so interpretiert werden, daß sie nur im Kapitalismus Gültigkeit habe, nicht aber in der sozialistischen Gesellschaft der DDR.¹²⁹

Der bereits genannte Neutestamentler Traugott Holtz vertrat 1981 die Auffassung, die Diskussion um einen Sozialen Friedensdienst sei „theologisch nicht vertretbar“.¹³⁰ Und das Leipziger MfS vermerkte 1988 in einer internen Einschätzung der Sektion Theologie, die Studenten würden die Konfliktsituation um die Besetzung der Berliner Umweltbibliothek und die Verhaftungen am Rande der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration diskutieren, aber der Lehrkörper habe „eindeutig verurteilende Positionen zu politischen Mißbraucherscheinungen“ in den Kirchen, „das lutherische Prinzip der 2 Reiche-Lehre“ werde „kompromißlos vertreten“.¹³¹ Bereits 1973 hatte der Hallesche Praktische Theologe Eberhard Winkler, dem durchaus keine Affinität zum Sozialismus der DDR nachgesagt werden kann, der eher typisch landeskirchliche Positionen vertrat, die Zwei-Reiche-Lehre in dieser Weise auf den Pfarrerberuf übertragen: „Der Pfarrer trägt staatsbürgerliche Verantwortung wie alle Bürger seines Staates und alle Glieder seiner Gemeinde, aber sie konkretisiert sich anders als beim Bürgermeister oder Volkshausabgeordneten. Er ist kein Fachmann für politische Probleme, auch wenn er politischen Fragen reges Interesse entgegenbringt, und er muß sich seiner Grenzen bewußt sein. Das gilt besonders, wenn er in Ausübung seines Dienstes zu politischen Fragen Stellung nimmt. Es muß klar sein, was er auf Grund seiner durch die Ausbildung gegebenen Kompetenz sagt.“ Allerdings dürfe der Pfarrer auch „inkompetenterweise“ zu politischen Themen „ganz elementarer humaner Art“ wie „Frieden, Recht auf Arbeit“ Stellung bezie-

128 Bereits 1957 hatte der Führungsoffizier des GI „Schumacher“ (Erhard Peschke) notiert, daß dessen „theol. Auffassung [...] (Römer 13) eine für uns günstige“ sei, vgl. *F. Stengel*, Theologische Fakultäten, 145.

129 Vgl. *R. Müller-Streisand*: Vierzig Jahre Theologische Erklärung von Barmen – Historische Wirkung und gegenwärtige Bedeutung. In: Standpunkt 2 (1974), Beilage, 2-12; vgl. dazu *F. Stengel*, DDR-Situation, 19-21.

130 Vgl. Gesprächsvermerk Voigts/RdB Halle vom 19.3.81, BStU, ASt Halle, AIM 3452/89, 11. Bl. 117.

131 Vgl. BStU, ZA, MfS HA XX/4, 655, Bl. 66 f.

hen.¹³² Diese Konzeption enthält zwar vorab kein affirmatives Bekenntnis zum Sozialismus, bezieht aber einerseits die Möglichkeit des Hinnehmens politischen Unrechts ein und erlaubt andererseits, die vom SED-Staat vorgegebenen Konsenspunkte Frieden und „soziale Errungenschaften“ zu akzeptieren. Daß politische Konflikte auf der Grundlage einer solchen Überzeugung schon theologisch illegitimiert wurden, liegt auf der Hand.

4.3.1 Wenn von Studenten inszenierte Konflikte bereits in der Phase unausweichlicher disziplinarischer Konsequenzen standen, gab es verschiedene Regulierungsvarianten für die Sektionsleitungen, die ja als staatliche Leitungen angehalten waren, auf die Studenten einzuwirken und die politische Lage stabil zu halten.

Diesen Ausführungen ist voranzustellen, daß es im Vorfeld zunächst Möglichkeiten gab, Personen an der Studienaufnahme zu hindern. Dies geschah oft schon auf der Ebene der Universitätsleitungen, die in Zusammenarbeit mit dem MfS die Immatrikulation von Bewerbern unterbanden, von denen Konflikte erwartet wurden. Dort, wo Sektionsdirektoren besonders staatsnah waren oder mit dem MfS zusammenarbeiteten, wurden Nichtzulassungen auch auf der Sektionsebene realisiert, obwohl die Sektionen natürlich daran interessiert waren, möglichst viele Studenten zu sich zu ziehen.

Als Beispiel sei der Hallesche Direktor für Studienangelegenheiten, Rüdiger Quell, benannt, der gleichzeitig unter dem Decknamen „Dr. Schlicker“ dem MfS verpflichtet war. Quell beriet Bewerbungsunterlagen mit seinem Führungsoffizier, der in mehreren Fällen eine Nichtzulassung erreichte.¹³³ In Rostock wurden derartige Absprachen zwischen dem Sektionsdirektor Helmut Fritzsche und seinem Führungsoffizier getroffen. So schlug GMS „Helmut“ 1980 drei Studenten für die Aufnahme eines Forschungsstudiums vor, einer wurde von Oberleutnant Kufahl abgelehnt, weil er „politisch negativ eingestellt“ sei. „Helmut“ erklärte sich „mit der Ablehnung einverstanden“.¹³⁴ Gemeinsam mit Fritzsche verhinderte das MfS auch die Reim-

132 *E. Winkler*: Amt und Person in der ethischen Verantwortung: ein Diskussionsbeitrag zur Aktualität der Zweireichelehre. In: Standpunkt 1 (1973), 216. Vgl. die differenziertere Sicht in: Kirchengemeinschaft und politische Ethik: Ergebnis eines theologischen Gespräches zum Verhältnis von Zwei-Reiche-Lehre und Lehre von der Königsherrschaft Christi/hrsg. v. Joachim Rogge und Helmut Zeddies. Berlin 1980.

133 Vgl. *F. Stengel*: Die Bedeutung der Stasi-Akten für die Geschichte der Theologischen Fakultäten der DDR. In: Einblick in das Herrschaftswissen einer Diktatur – Chance oder Fluch? Plädoyers gegen die öffentliche Verdrängung/hrsg. von Tobias Hollitzer. Opladen 1996, 85 f.

134 Vgl. Treffbericht vom 29.10.80, BStU, ASt Rostock, AIM 440/90, 111. Bl. 32.

matrikulation eines aus politischen Gründen befristet exmatrikulierten Studenten, der im OV „Pazifist“ vom MfS bearbeitet wurde.¹³⁵

4.3.2 Besonders in der ersten Hälfte der achtziger Jahre hatte es zahlreiche Fälle gegeben, daß Studenten in oder nach Konfliktsituationen von sich aus die Sektionen verließen, um an einer Kirchlichen Hochschule weiterzustudieren. Hauptsächlicher Grund in dieser Zeit waren die bereits beschriebenen Auseinandersetzungen um den Komplex Militär/ZV/Friedensbewegung. Besonders in Leipzig, aber auch in Berlin und Greifswald ließen sich Studenten exmatrikulieren, weil sie nicht zur Ableistung der ZV-Ausbildung bereit waren.¹³⁶ Sie setzten ihr Studium am Naumburger Katechetischen Oberseminar, am Theologischen Seminar Leipzig oder am Sprachenkonvikt Berlin fort. Daß gerade Leipzig besonders viele solcher Fälle aufzuweisen hatte, dürfte einerseits daran gelegen haben, daß die Kirchliche Hochschule gleich am Ort war, andererseits wird die konsequente Position des Sektionsdirektors Moritz mit dafür verantwortlich gewesen sein. Es gab darum weit weniger Konflikte um ZV-Lager und Wehrsport in Leipzig als etwa in Greifswald und Halle. Aber auch in anderen Fällen kehrten opponierende Studenten der Sektion den Rücken, bevor es zum Konflikt kam. In Berlin wurden Studenten von der linientreuen Sektionsleitung zuweilen „genötigt“, einen Antrag auf Exmatrikulation zu stellen, ohne Unterstützung von der Sektion zu erfahren.¹³⁷

So sollte ein Leipziger Student, gleichzeitig Leiter des Arbeitskreises „Friedensdienst“ beim Jugendpfarramt Leipzig, wegen „feindlich-negative[r] Äußerungen“ 1982 einem Disziplinarverfahren unterzogen werden. Bevor dies geschehen konnte, ließ er sich exmatrikulieren, um sein Studium am ThSL fortzusetzen.¹³⁸ Im August 1986 wurden in Leipzig 12 Studenten exmatrikuliert, davon einer wegen ungenügender Leistungen in ML, zwei wegen insgesamt ungenügender Leistungen, zwei wegen fehlender „christl. Motivation“, zwei wegen Studienfortsetzung am ThSL, zwei wegen Ausreiseartrag.¹³⁹

135 Vgl. oben 4.1.2.

136 Vgl. ebd.

137 Vgl. D. Linke, Theologiestudenten, 340.

138 Vgl. Anlage zum Treffbericht „Karl Erb“, BStU, ASt Leipzig, AIM 8073/92, II2, Bl. 25; Operativ-Information der BVfS Leipzig, Oberstleutnant Wallner, 10.1.84, BStU, ZA, MfS HA XX/4, 655, Bl. 31.

139 Vgl. Information des IM „Dieter Klemm“, BStU, ASt Leipzig, AIM 309/90, III, Bl. 251.

4.3.3 Der studentischen Absicht, Konflikte zu *inszenieren*, stand im Lehrkörper einiger Sektionen die Tendenz gegenüber, Konflikte einerseits zu *minimieren* und andererseits zu verhindern, daß die Studenten an die Kirchlichen Hochschulen abwanderten. In Halle und Greifswald, wo 1980 bis 1984 besonders schwere Auseinandersetzungen um die Friedens- und Militärfrage geführt wurden, läßt sich beobachten, daß die Sektionsleitungen Konflikte mit Studenten staatlichen Stellen gegenüber taktierend verschleppten und verzögerten, um Verhandlungsspielräume auszutesten.

In Halle verweigerten Ende 1980 vier Studenten die Teilnahme am Wehrsport mit schriftlichen Erklärungen. Seitens der Universitätsleitung und des MfS wurde erwogen, sie dafür zu exmatrikulieren. Der Sektionsdirektor Gerhard Wallis sprach nach fast ein halbes Jahr andauernden Gesprächen ohne „Konsultation mit dem Rektor bzw. der Leitung der MLU“ den Studenten einen „Verweis“ aus und verabschiedete sie – so ein IM – „mit Handschlag wie zu einer Auszeichnung“.¹⁴⁰ An der Sektion war man ihm für sein „taktisches Geschick“ dankbar und sah deutlich, daß er die Exmatrikulation durch diese Art der *zuvorkommenden Disziplinierung* verhindert hatte.¹⁴¹ Diese Taktik ging mit der Strategie einher, das Konfliktfeld zu *eliminieren*, das zur Konfrontation mit dem Staat geführt hatte. Die Hallesche Sektionsleitung vertrat im genannten Fall den Standpunkt, daß anstelle des Wehrsports für Theologiestudenten ein „Ersatzdienst“ geschaffen werden müsse,¹⁴² was schließlich auch insoweit gelang, als Theologiestudenten bei Nichtabsolvierung militärischer Disziplinen nicht belangt wurden – eine Praxis, die an die Einführung der Bausoldatenregelung und an die Rücknahme zahlreicher ideologischer Anforderungen in den fünfziger und sechziger Jahren erinnert. Schließlich sollte es ja nicht zu einer Massenabwanderung an die Kirchlichen Hochschulen kommen. Für Halle war hier zunächst eine Lösung gefunden worden – nicht aber in Greifswald, wo sich der gleiche Konflikt ein Jahr später noch einmal abspielte, wobei die dortige Sektionsleitung eine ganz ähnliche Position vertrat wie die Hallesche.¹⁴³ Die Universitätsleitung hatte zunächst angewiesen, daß wehrsportverweigernde

140 Vgl. Bericht des GMS „Kurt“ vom 10.6.81, BStU, ASt Halle, AGMS 1447/83, Bl. 198.

141 Vgl. Information des IMS „Frieder Berg“ vom 8.12.80, BStU, ASt Halle, AIM 3176/89, III, Bl. 11. Die BVfS Halle urteilte ganz auf dieser Linie, daß Wallis „aus taktischen Erwägungen, im Interesse der Vermeidung einer Konfrontation“ den staatlichen Anforderungen genüge, vgl. „Einschätzung“ vom 6.8.81, BStU, ASt Halle, XX/4, 243, Bl. 12.

142 Vgl. Bericht über den Treff mit „Prof. Baum“ vom 11.10.82, BStU, ASt Halle, AIM 3452/89, III, Bl. 262.

143 Vgl. oben 4.1.2.

Studenten, die nicht umzustimmen seien, exmatrikuliert werden müssten.¹⁴⁴ Nun war aber plötzlich der Staat bereit, das Konfliktfeld zu beseitigen, um die Lage zu beruhigen. In dem Wissen, daß mit einer „positiven Einflußnahme“ der Greifswalder Sektionsleitung auf die Studenten nicht gerechnet werden könne, wurde intern festgelegt, daß Studenten, die militärische Übungen nicht ableisten wollten, nicht exmatrikuliert werden dürften.¹⁴⁵

Dem entspricht ein Schreiben des Ministers für das Hoch- und Fachschulwesen, Hans-Joachim Böhme, an den Halleschen Rektor Werner Isbaner, in der angewiesen wird, Bausoldaten, gediente Reservisten unter den Theologiestudenten sowie alle Reservisten, die Pfarrerssöhne oder Söhne von Vikaren waren, während des Studiums nicht mehr in den Reservistendienst in den Wehrlagern, sondern in die ZV-Ausbildung einzubeziehen.¹⁴⁶ Die Weisung, so Böhme, sei vertraulich, an der Universität dürfe dazu kein Schriftwechsel geführt werden. Das Papier liegt nur in undatierter Fassung vor, trägt die handschriftliche Eintragung „25.8.83“, weist allerdings auf eine Regelung hin, die bereits länger in Kraft war.

Diese Sonderregelung liegt ganz auf der Linie der Konfliktminimierung, in die der Staat durch seine fakultätspolitische Prämisse, nicht den Kirchlichen Hochschulen das Feld zu überlassen, gedrängt wurde. Was aber hatten die Studenten erreicht? Ihr ursprünglicher Impetus war es gewesen, ihre eigene christliche Position zu militärischen Forderungen des Staates zu bestimmen und darüber hinaus grundsätzlich die Militarisierung der DDR-Gesellschaft anzugreifen, die 1978 nach der Einführung des Faches Wehrkunde und des Wehrsports auch auf Schulen und Hochschulen übergreifen hatte.¹⁴⁷ Ihr Protest hatte insofern Erfolg gehabt, als er individuelle Möglichkeiten eröffnete, die der Staat in offensichtlich zunehmender Defensive in den achtziger Jahren zuließ. Gleichzeitig waren die Theologen erneut aus der Schuß-

144 Vgl. Aktenvermerk über ein Gespräch des Greifswalder Rektors und zweier Prorektoren mit Hans-Jürgen Zobel und Bernd Hildebrandt am 5.4.83, BArch, DR-3, 1221.

145 Vgl. „Information über Probleme bei der Sportausbildung von Theologiestudenten“, 25.3.83, nur mit Eingangsstempel, ohne Absender, so daß der Verfasser des Papiers nicht eindeutig festzustellen ist, BStU, ZA, MfS HA XX/4, 655, Bl. 258-260.

146 Das Schreiben ist in keinem der staatlichen Archive enthalten, auch nicht in den zur Zeit zugänglichen Sachakten des MfS, sondern findet sich als verfilmte Kopie nur in der IM-Akte des Halleschen Direktors für Studienangelegenheiten Markert (IM „Forster“) – ein Zeichen für die Vertraulichkeit dieser Vereinbarung, vgl. BStU, ASt Halle, AGMS 3126/85 (nur zum Teil paginiert).

147 Vgl. E. Neubert, Opposition, 304-308.

linie herausgenommen und in eine Sonderrolle gepreßt worden.¹⁴⁸ Der Konflikt blieb bestehen, das *Konfliktfeld* wurde *eliminiert*, bis die Studenten andere Möglichkeiten fanden, ihren Protest zu artikulieren und die Regelstruktur zu verletzen, die ja nicht aufgehoben, sondern nur variiert worden war. Während an anderen Sektionen – wie oben erwähnt – die Studenten vor dem Konflikt um das ZV-Lager an die Kirchlichen Hochschulen wechselten, eskalierte im Herbst 1984 in Halle die Lage, als drei Studenten wegen ihres „undisziplinierte[n] und provokative[n]“ Verhaltens aus dem ZV-Lager verwiesen wurden, sich fünf Kommilitonen solidarisierten und das Lager ebenfalls verließen. Universitätsleitung und MfS waren sich sofort einig, die drei zu exmatrikulieren.¹⁴⁹ Die Sektionsleitung erreichte es, daß bei dem anschließenden Disziplinarverfahren zunächst nur zwei Exmatrikulationen ausgesprochen und den anderen die Wiederholung der ZV-Ausbildung auferlegt wurde.¹⁵⁰ Sektionsdirektor Friedrich de Boor befürchtete im Falle vorzeitiger Exmatrikulationen, „daß dann die Sektion [...] auseinanderfällt“, ¹⁵¹ die Studenten also an Kirchliche Hochschulen wechseln würden, wie es die bereits Exmatrikulierten getan hatten. Dennoch war sich die Sektionsleitung darüber einig – so Traugott Holtz gegenüber dem MfS –, daß die verbleibenden Studenten das ZV-Lager wiederholen müssten und daß „die Zugeständnisse des Staates gegenüber den Theologiestudenten sehr groß sind und aus diesem Grunde durch jeden Studenten bedingungslos die gestellten

148 Im Falle der Verweigerung militärischer Disziplinen durch Nichttheologen wurde hart durchgegriffen und ohne Ansehen der Person exmatrikuliert, so 1987 in Halle eine Studentin der Agrarwissenschaften, Tochter eines Rostocker Professors, was auch Bischof Demke nicht verhindern konnte, vgl. Notiz Voigts/RdB Halle über einen Anruf von Demke, 20.3.87, BArch, DO-4, 764. Bereits 1983 hatte der Hallesche Studentenpfarrer Rüdiger Lux ohne Erfolg die Ausdehnung der Sonderregelung für Theologen auf alle christlichen Studenten gefordert, vgl. Schreiben Lux', eingegangen im SfK am 4.11.83, BArch, DO-4, 769.

149 Vgl. Information der BVfS Halle, Gröger, 28.10.84, BStU, ZA, MfS HA XX/4, 654, Bl. 225 f. Bl. 226 findet sich die handschriftliche Information für (oder von) „Gen Winkler“: „2-3 Studenten exmatrikulieren. Kriterium: Gesamtpersönlichkeit, nicht nur dieses Vorkommis. Nach Bewährung in der Praxis evt. nach 2 Jahren Wiederaufnahme des Studiums. Direktor der Sektion [Friedrich de Boor] wird Kontakt zu innerkirchl. Ausbildungsstätten aufnehmen, damit diese Studenten dort nicht Studium fortsetzen.“ Hat es tatsächlich eine solche Absprache gegeben? Immerhin wechselten alle Exmatrikulierten – allerdings nicht sofort – nach Naumburg, an das Sprachenkonvikt und das ThSL.

150 Vgl. Information der BVfS Halle, Gröger, 4.7.85, BStU, ZA, MfS HA XX/4, 654, Bl. 232 f. Die Exmatrikulation des dritten Studenten konnte durch einen im Disziplinarverfahren überraschenden Hinweis auf dessen methodistische Herkunft durch Gerhard Wallis verhindert werden, der sich zugleich für ihn verbürgte.

151 Vgl. Bericht „Dr. Krauses“ vom 13.11.84, BStU, ASt Halle, Reg.-Nr. VIII 942/70, II3, Bl. 206-209 (Auslassung im Bericht).

Anforderungen erfüllt werden sollten“.¹⁵² Nur drei Studenten waren aber bereit, das ZV-Lager nachzuholen, zwei weitere, unter ihnen der Sohn eines Leipziger Professors, wurden exmatrikuliert, einer ließ sich exmatrikulieren. In dieser in den achtziger Jahren wohl schärfsten Konfrontation an einer Sektion Theologie war deutlich geworden, daß der Lehrkörper zwar um eine Konfliktminimierung bemüht war, aber nur begrenzte Verhandlungsspielräume hatte. Politische Konfliktfelder konnten keinesfalls immer eliminiert werden. Die Normstruktur war nur in gewissen Grenzen dehnbar, und nur dann, wenn die Studenten bereit waren, sich einem neuen Kompromiß als Konfliktbewältigungsergebnis anzuschließen. Wurde der common sense dennoch durchbrochen, gab es weder die Möglichkeit noch die Bereitschaft, sie zu schützen.

4.3.4 Eine besondere Strategie wurde an einigen Sektionen im Falle der studentischen Bestrebungen eingeschlagen, neben der FDJ unabhängige Studentenvertretungen zu installieren. Die FDJ als einzige offizielle staatliche Organisation für alle Jugendlichen zu hinterfragen, gehörte zu den problematischsten Konfliktfeldern und wurde staatlicherseits mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Während der Leipziger Sektionsdirektor Hans Moritz einen solchen Versuch 1984 „rundweg“ abblockte,¹⁵³ versuchten die Leitungen anderer Sektionen, durch *Integrieren* diesen Konflikt zu bewältigen und zu entschärfen. In Berlin hatte sich 1987 die eigenartige Situation ergeben, daß selbst die FDJ-Kreisleitung der Universität die Position vertrat, angesichts der niedrigen Mitgliedschaftsquote unter den Theologen auch einen Nicht-FDJler in den Sektionsrat wählen zu lassen. Der dem SED-nahen Flügel um Hanfried Müller angehörende stellvertretende Sektionsdirektor Dieter Kraft stellte sich diesem Kompromiß – ohne Erfolg – entgegen, weil er zur „schleichenden Auflösung der FDJ an der Sektion führen“ und Verhältnisse wie in den fünfziger Jahren hervorrufen werde¹⁵⁴ – ein Beispiel für die radikale Position dieser Theologen, die am Ende der achtziger Jahre ihre Wirkungskraft längst verloren hatte. Ende 1988 saßen immerhin in Rostock, Berlin und Halle auch studentische Mitglieder in Sektionsräten oder Dienstbesprechungen, die nicht unbedingt Mitglieder der

FDJ sein mußten.¹⁵⁵ In Halle hatte sich 1987 eine unabhängige Studentenvertretung gebildet, die nach langen Auseinandersetzungen von der Sektionsleitung¹⁵⁶ gegen den ausgesprochenen Willen der Universitätsleitung¹⁵⁷ und des immer informierten MfS insofern integriert wurde, als neben dem nur noch formell gewählten FDJ-Sekretär immer ein Student im Sektionsrat saß, der von der Studentenvertretung gewählt wurde.¹⁵⁸ Diese Akzeptanz wurde freilich erst dann gewährt, als die Sektionsleitung es gegen den Willen einiger Studenten erreicht hatte, die FDJ bestehen zu belassen und sich eine eigentlich an der FDJ überhaupt nicht interessierte Studentin bereit erklärt hatte, die Rolle der FDJ-Sekretärin formal zu übernehmen,¹⁵⁹ obwohl es kein aktives Mitglied an der Sektion gab.¹⁶⁰ Die beteiligten Studenten hatten sich damit formal der Normstruktur gebeugt, die in diesem Fall die angebliche Notwendigkeit einer FDJ-Gruppe an jeder Sektion forderte. Gleichzeitig war

155 Vgl. Protokoll über das 1. Arbeitstreffen der Vertreter der Sektionen Theologie der Universitäten der DDR in Halle am 11./12.11.88, im Besitz des Verf. Aus Greifswald liegen keine Informationen vor, aus Leipzig war zu diesem Treffen kein Student angereist.

156 Auf der Studentenversammlung am 5.4.88 wurde bekanntgegeben, daß die Sektionsleitung die Studentenvertretung als „Äquivalent zur FDJ“ anerkenne und Sektionsdirektor Helmut Obst sich dafür ausgesprochen habe, „zwischen Studenten und den Lehrern zu vermitteln“, vgl. Bericht des/der IM „Jenny Lind[t]“ (nicht identifiziert) vom 20.4.88, BStU, ASt Halle, AOP 3125/89, Bl. 133.

157 Prorektor Bauermann rügte Sektionsdirektor de Boor am 25.1.88, daß er noch nicht über die Aktivitäten der Studenten informiert habe, obwohl er bereits seit langem davon wußte – ein typisches Beispiel für das oben genannte *Ignorieren* studentischer Proteste seitens des Lehrkörpers. Bauermann stellte klar den Zusammenhang zwischen den Absichten der Halleschen Studenten und „Versuchen konterrevolutionärer Kräfte“ her, „eine Opposition zu schaffen“ und dafür die bestehenden Organisationen auszuhöhlen. Die Universitätsleitung werde dies „keineswegs dulden“. Vgl. Aktenvermerk Bauermanns und Schmidts über ein Gespräch mit de Boor, ebd., Bl. 58-61.

158 Dies verteidigte Sektionsdirektor Obst gegenüber dem scharf attackierenden Prorektor Bauermann mit dem Argument, daß das Gesetz zwar vorschreibe, daß ein FDJ-Student Mitglied des Sektionsrats sein müsse, es gleichzeitig aber unverboden sei, auch einen Nicht-FDJler aufzunehmen. Auf von Bauermann ausgesprochene Mahnungen, eine öffentliche Erklärung zu den „jüngsten Abrüstungsmaßnahmen der DDR“ abzugeben, ging Obst nicht ein, vgl. Aktennotiz Bauermanns und Schmidts über ein Gespräch mit Obst u.a. am 13.2.89, ebd., Bl. 324-326.

159 Bis 1987 gab es in Halle sogar einen FDJ-Sekretär, der nicht einmal Mitglied war, wegen auch seitens der FDJ-Leitung der Universität nichts unternommen wurde, vgl. Tonbandabschrift über den Treff mit „Jacobus Fuchs“, 6.1.88, ebd., Bl. 50. Das MfS notierte am 11.4.88, daß es nun zwar wieder eine FDJ-Gruppe gebe, diese aber keinerlei Einfluß auf die parallelen Aktivitäten zur Studentenvertretung nehme, vgl. ebd., Bl. 124.

160 Eine „Kontaktperson“ (KP) des MfS berichtete am 4.11.88, eine FDJ gebe es „praktisch“ nicht, die FDJ-Sekretärin habe ebenfalls eine „sehr negativ-verfestigte Meinung“ und unterstütze die unabhängige Studentenvertretung. Die Sektionsleitung sei damit „zufrieden“, vgl. ebd., 278.

152 Vgl. Bericht Major Schulzes über den Treff mit „Prof. Baum“ am 31.5.85, BStU, ASt Halle, AIM3452/89, III, Bl. 330 f.

153 Vgl. Bericht Hauptmann Mielcareks über den Treff mit IM „Werner“ vom 1.2.84, BStU, ASt Leipzig, AIM 3435/92, II2, Bl. 204.

154 Vgl. nicht unterzeichnetes Schreiben der FDJ-KL vom 8.12.87, BArch, DO-4, 1025.

es dem Staat in Halle am Ende der DDR nicht mehr gelungen, eine non-konforme Organisation an einer staatlichen Einrichtung zu unterbinden.

Dieser Fall ist in verschiedener Hinsicht besonders interessant. Ursprüngliches Ziel einiger Gründer der Studentenvertretung war es gewesen, die FDJ an der Sektion ganz abzuschaffen und dadurch eine Vorbildwirkung im Universitätsrahmen zu erzielen. Die theologische Studentenschaft sollte als Ganzes ein politisch-oppositioneller Organismus werden. Die Sektionsleitung machte sich aber eine der offiziell legitimen Aufgaben der Studentenvertretung zunutze: eine Studienreform.¹⁶¹ Hier konnte der ursprüngliche politische Impetus abgebrochen und ein Anknüpfungspunkt zwischen Professoren und Studenten auch gegen die Universitätsleitung aufgebaut werden.¹⁶² Desungeachtet spielten politische Themen in der Studentenvertretung weiterhin eine Rolle.¹⁶³ Schließlich wurde eines ihrer Mitglieder erster Vorsitzender des universitätsweiten Studentenrates im Herbst 1989. Das MfS ermittelte mit zahlreichen IM auf allen Ebenen gegen zwei Mitglieder der Studentenvertretung stellvertretend, konnte aber der Lage nicht Herr werden, da das Rotationsprinzip es nicht ermöglichte, Rädelsführer ausfindig zu machen. Immerhin wären im Falle disziplinarischer Maßnahmen sämtliche an der Vorbereitung der Sitzungen beteiligten Studenten betroffen gewesen – ein Schritt, zu dem sich der Staat in der desolaten Gesamtsituation

1988/89 nicht mehr imstande sah, obwohl das MfS die Halleschen Ereignisse eindeutig als „Form der politischen Untergrundtätigkeit“ betrachtete.¹⁶⁴

4.3.5 Ein höchst sensibler Bereich im Umgang mit opponierenden Studenten war der Zusammenhang zwischen der Studienleistung und der politischen Aktivität. Es ist zuweilen vorgekommen, daß leistungsmäßig schwächere, politisch nonkonforme oder widerständige Studenten von ihren Sektionen exmatrikuliert wurden. Als offizielle Begründung wurden Leistungsprobleme angegeben, obwohl MfS und IM in der Sektionsleitung eigentlich politische Motive hatten. Solidarisierungen anderer Studenten mit den Betroffenen sollten und konnten so vermieden werden, weil dem Leistungsargument ja kaum widersprochen werden konnte.

Der Leipziger IM „Hagen Trinks“ berichtete 1985, daß der stellvertretende Sektionsdirektor Manfred Haustein auf drei Studenten „disziplinierend“ einwirke, deren „gegenwärtige politische Standpunkte und Äußerungen nicht akzeptabel“ seien. Haustein meine, in einem Falle solle „die schwache Leistung in den Altsprachen zur Exmatrikulation genutzt werden, damit wäre einer Studienfortsetzung“ am ThSL „ein Riegel vorgeschoben“.¹⁶⁵ Auch die Prüfungsleistungen im unliebsamem Studienfach Marxismus-Leninismus konnten zur Exmatrikulation führen.¹⁶⁶ Das MfS notierte 1988, es gebe in Leipzig eine studentische Gruppe, die versuche, Sympathisanten für den Antrag an die Bundessynode gegen ‚Geist und Praxis der Abgrenzung‘ zu sammeln. Ein Student dieser Gruppierung wurde (nach angekündigter Verweigerung der ZV-Ausbildung) auf Grund von fehlender Studienleistungsbereitschaft exmatrikuliert.¹⁶⁷ Deutlicher kann die Vermischung politischer Motive mit Leistungsmaßstäben nicht ausgesprochen werden.

4.3.6 Es muß am Ende dieses Katalogs der Konfliktbewältigungsstrategien wenigstens erwähnt werden, daß ein Konfliktfeld jeweils eindeutige Reaktionen der Leitungen aller Sektionen nach sich zog: Studenten, die einen

161 Eine Arbeitsgruppe Studienorganisation setzte sich aus Vertretern der Sektionsleitung, der FDJ und der einzelnen Studienjahre zusammen und sollte – so eine nicht benannte KP des MfS – „Bildung bzw. Existieren der sogenannten unabhängigen Studentenvertretung entgegenwirken“, vgl. ebd., Bl. 211.

162 Prorektor Bauermann wies die Sektionsleitung am 3.3.88 auf die oppositionellen Aktivitäten der Studentenschaft hin: die unabhängige Studentenvertretung, Beteiligung von Studenten an oppositionellen Demonstrationen, Bestrebungen, die „Solidarische Kirche“ zum Thema der Studententage zu machen. Während Sektionsdirektor Obst und die anderen anwesenden Theologen beschwichtigten und auf die angerissene Frage nach der Studentenvertretung nicht eingingen, äußerte Traugott Holtz: „Eine eigene Studentenvertretung neben der FDJ sei kein Diskussionpunkt, es gäbe bestimmte Gesetze und bestimmte gesellschaftliche Strukturen, an denen niemand zu rütteln habe [...]“, vgl. Aktennotiz Schmidts/Prorektorat vom 4.3.88, LA Merseburg, Bezirkstag/RdB Halle, 19400. Das MfS notierte am 13.4.88 nach einem Treff mit IM „Dr. Krause“, die Sektionsleitung sei über die Vorgänge in der Studentenschaft informiert, schätze die „entstandene Lage jedoch nicht richtig ein“ und komme den Forderungen des Prorektors nicht nach, vgl. BStU, ASt Halle, AOP 3125/89, Bl. 115 f.

163 Vgl. oben 4.1.5.

164 Vgl. „Operative Wertung“ der BVfS Halle, 23.12.88, BStU, ASt Halle, AOP 3125/89, Bl. 292. Dennoch planten die beteiligten Offiziere Anfang 1989, einen Hauptakteur der Studentenvertretung (Matthias Rein) zu isolieren: Angeblich „politisch-progressive“ Pressemitteilungen sollten in die Zeitung gebracht werden, um ihn so zu diskreditieren! Gleichzeitig sollte über IM in die als SAMISDAT erscheinenden, illegalen Berliner „Umweltblätter“ eine Mitteilung über die Hallesche Studentenvertretung lanciert werden, um die „Grundlage weiterer Disziplinierungsmaßnahmen“ zu schaffen, vgl. ebd., Bl. 317.

165 Vgl. Bericht Hauptmann Mielcarek über den Treff mit „Hagen Trinks“, 16.5.85, BStU, ASt Leipzig, AIM 759/89, II2, 258 f.

166 Vgl. Information des IM „Dieter Klemm“, BStU, ASt Leipzig, AIM 309/90, II1, Bl. 251.

167 Vgl. Information der BVfS Leipzig vom 6.6.88, BStU, ZA, MfS HA XX/4, 655, Bl. 67.

Ausreisantrag gestellt hatten, wurden konsequent und unmittelbar exmatrikuliert.¹⁶⁸ Sicherlich gab es im Falle eines ÜSE („Übersiedlungersuchens“) keine Möglichkeit, den Betroffenen zu schützen, es wurde allerdings auch kein solcher Versuch unternommen. Die Sektionsleitungen machten sich an diesem Punkt die Normstruktur des Staates zu eigen. Obgleich es innerkirchlich und zwischen den Kirchen in Ost und West einen breiten Konsens darüber gab, Ausreisen insbesondere von kirchlichen Mitarbeitern zu verhindern, sei wenigstens daran erinnert, daß die Möglichkeit der Ausreise für Christen innerkirchlich – und im übrigen auch innerhalb der oppositionellen Gruppen – weitestgehend bestritten wurde.¹⁶⁹ Darin herrschte – wenn auch aus unterschiedlichen Motivationen heraus – eigenartigerweise Übereinstimmung mit dem Staat, der „das Bleiben kaum noch begründen konnte bzw. seine Begründungen für weite Teile der Bevölkerung nicht mehr plausibel waren“.¹⁷⁰ Diese Erinnerung mag besonders im Hinblick darauf wachgehalten werden, daß es 1989 vor allem die Massenausreise war, die eine „Wende“ in der DDR ermöglichte, weil sie die Bürger zu Hunderttausenden auf die Straße trieb.

4.4 Welche Ergebnisse haben diese Beobachtungen der politischen Konflikte an den Sektionen erbracht? Zunächst ist das unterschiedliche Außenbild der Sektionen zu konstatieren, folgend aus der regen politischen Publikationstätigkeit vieler Berliner und eines Teils der Leipziger Theologen. Dies warf auf diese Sektionen das Bild, „rote“ Sektionen zu sein, was auf Berlin weitaus mehr zutrifft als auf Leipzig, wo sich nur ein Teil des Lehrkörpers an der Konstruktion dieses Eindrucks beteiligte.¹⁷¹ Die anderen Sektionen fallen – von Einzelpersonen abgesehen – im Vergleich deutlich ab. Die politischen Konflikte konzentrieren sich dann auch dort, wo die Mehrzahl des Lehrkörpers und die Sektionsleitungen politisch weitaus weniger hervortraten.

168 Vgl. etwa „Information“ der BVfS Leipzig vom 29.6.87, BStU, ZA, MfS HA XX/4, 655, Bl. 85: „Die Leitung der Sektion schließt sich in der Behandlung solcher Antragstellungen völlig den Positionen der Universitätsleitung an. Bei Nichtrücknahme eines solchen Ersuchens erfolgt die unmittelbare Exmatrikulation des betreffenden Studenten, was in zurückliegenden Fällen konsequent realisiert wurde. Bei Antragstellung auf Eheschließung und damit verbundener Übersiedlung in NSW-Staaten vertritt die Sektionsleitung eine tolerantere Grundposition. Eine Exmatrikulation wird meist mit der anstehenden Ausreise des Betroffenen verbunden. Bestrebungen, eine Abstandnahme zu erreichen, sind seitens der Sektionsleitung in solchen Fällen nicht bekannt.“

169 Vgl. E. Neubert, *Opposition*, 528-531 u. ö.

170 Vgl. ebd., 529.

171 Leipzig blieb aus diesem Grund ja offensichtlich auch größte Sektion, während Berlin hinter Halle und zeitweilig sogar hinter Jena absackte.

Hing das damit zusammen, daß den besonders konfliktorientierten Studenten klar war, daß sie in politischen Konfrontationen von eindeutig staatsnahen Sektionsdirektoren oder Sektionsleitungen weitaus weniger Verständnis erwarten konnten und aus diesem Grund an die anderen Sektionen gingen? Auch das Wahlverhalten differiert zumindest bis 1986 in der Weise, daß die Beteiligung der Studentenschaft an den „lutherischen“ Sektionen mit durchschnittlich 85% deutlich höher lag als an den „unierten“ mit 69%. Selbst staatliche Instanzen stellten diese Tatsache mit Staunen fest.¹⁷² Schlugen sich hier etwa die theologischen Grundströmungen der Landeskirchen nieder?

Den Studenten ging es bei der Inszenierung ihrer Konflikte in vielen Fällen um die Offenlegung des gesellschaftlichen Basiskonflikts. Die Möglichkeiten der offenen Diskussion, ohne sofort disziplinarische Konsequenzen zu fürchten, und die Alternative der Kirchlichen Hochschulen trugen dazu bei, daß dieser Faden von einer Studentengeneration an die nächste weitergegeben wurde und so nie abriß. Der Lehrkörper fürchtete hingegen zweifellos Eskalationen, die ja in einigen Fällen auch eingetreten waren und die ihm vor allem aus den ersten zwanzig Jahren DDR-Geschichte vor Augen standen. Um dies zu vermeiden, mußte er bestrebt sein, deeskalierend die studentischen Inszenierungen zu minimieren, auch wenn er den Konflikt selbst nicht beseitigen konnte. Der Grad des Auslotens der Verhandlungsspielräume war von Sektion zu Sektion verschieden.

5. Resümee

Bei all diesen Überlegungen zu den Innen- und Außenperspektiven der Situation an den Sektionen darf nicht vergessen werden, daß es dem SED-Staat niemals gelang, die universitäre Theologie in der DDR inhaltlich in seinem Sinne zu gestalten.¹⁷³ Eine wirklich eigenständige DDR-Theologie hat

172 Rostock, Jena und Leipzig 1979: 86,9%, 1984: 85,1%, 1986: ca. 84%; Halle, Greifswald, Berlin 1979: 61,4%, 1984: 67,7%, 1986: ca. 77%, vgl. Schreiben Engels an Gysi, 25.4.84, BArch, DO-4, 1394; Schreiben Engels an Rudi Bellmann/Arbeitsgruppe Kirchenfragen des ZK der SED, 27.6.86, SAPMO, DY 30 IV/B2/14/141. Dabei ist in Rechnung zu stellen, daß nur die Nichtwähler registriert wurden, aber nur selten die Zahl der Gegenstimmen bekannt ist.

173 So kürzlich auch M. Beintker: *Theologie als Ort der Freiheit: ostdeutsche Einsichten und Aussichten*. In: *Forschung & Lehre*/hrsg. im Auftrag d. Präsidiums des Deutschen Hochschullehrerverbandes Bonn 1999, Heft 7, 349-351.

es nicht gegeben.¹⁷⁴ Wo sonst konnten Studenten mit der „bürgerlichen“ und der klassischen Philosophie ohne ideologische Brille in Kontakt kommen und frei darüber diskutieren?¹⁷⁵ Wo sonst gab es die Möglichkeit, Geschichte jenseits der marxistisch-leninistischen Historik zu treiben, ganz zu schweigen von Seelsorge, Homiletik als „Unterweisung in offener Rede“,¹⁷⁶ dem kritischen Umgang mit Texten in den exegetischen Disziplinen? Daß dies möglich war, lag sicherlich daran, daß dem Staat auf Grund der gleichzeitigen Existenz der Kirchlichen Hochschulen die Hände gebunden waren und er nicht radikal durchgreifen konnte, es ist aber auch den meisten der Hochschullehrer zu verdanken, die sich bei allen politischen Kompromissen im Kontext eines traditionellen, eher westlich orientierten Wissenschaftsverständnisses bewegten. Gerade durch diese Form geistiger Freiheit hatte die universitäre Theologie einen kritischen Alternativcharakter in der tristen ostdeutschen Landschaft der Geisteswissenschaften. Diese Tatsache hatte es auch zur Folge, daß nach der Wende und nach der Evaluierung der politisch nicht mehr Tragbaren, meist Stasibelasteten und von dem eher peinlichen Fall Heinrich Fink in Berlin abgesehen,¹⁷⁷ Theologen überall wichtige Funktionen bei der Neustrukturierung der Universitäten übernahmen, oft auch als Prorektoren und Rektoren.

174 So klagte Helmut Fritzsche als GMS „Helmut“ gegenüber dem MfS, daß eine Theologie gelehrt werde, „die nicht von den sozialen Bedingungen in der DDR ausgeht“. Es würden nicht „Fragen beantwortet, die durch die sozialistische Umwelt aufgeworfen werden“, sondern „Erkenntnisse westlicher Denkstrukturen vermittelt“ und „Forschungsergebnisse westlicher Theologen auf die Situation in der DDR angewendet“. Seine (Fritzsches) Bemühungen um eine DDR-bezogene Theologie würden auf Widerstand insbesondere seiner Kollegen Kiesow und Hans-Friedrich Weiß stoßen, vgl. Bericht Oberleutnant Kufahls über den Treff mit „Helmut“ am 8.10.80, BStU, ASt Rostock, AIM 440/90, III, Bl. 29.

175 Vorlesungen über Theologie und Philosophie, Lektürekreise über Kierkegaard, Bloch oder Niklas Luhmann (!), wie sie in Halle stattfanden, hatten oft zahlreiche Hörer auch anderer Fakultäten.

176 So C. Dieckmann, Heilige Schrift, a.a.O. Dieckmanns Einschränkung dieser Form der Lehre auf die Kirchlichen Hochschulen ist eindeutig auf die meisten theologischen Sektionen auszuweiten, obwohl es Restriktionen auch in der Lehre gab, vgl. den Einwurf Kurt Nowaks in: Protestantische Revolution? Kirche und Theologie in der DDR: ekklesiologische Voraussetzungen, politischer Kontext, theologische und historische Kriterien; Vorträge und Diskussionen eines Kolloquiums in München, 26.-28.3.1992/hrsg. von Trutz Rendtorff. Göttingen 1993, 143 f.

177 So auch M. Beintker, Theologie als Ort der Freiheit, 351.